



Nr. 3—4

März—April 1970

2 Schilling

Die Stunde des Handelns

Die Sozialisten haben vom ersten Moment an, nachdem die ÖVP wirklichen Verhandlungen zugestimmt hatte, sehr konkrete Vorschläge gemacht: Vorschläge, wie wir uns die zukünftige Regierungspolitik vorstellen, und es wurden auch keine Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialisten bereit und gewillt sind, diese Vorschläge zu realisieren. Das Wahlergebnis vom 1. März 1970 hat gezeigt, daß die Stunde des Handelns für die Sozialisten nun gekommen ist. Schon in der Opposition vorher haben die umfangreichen Alternativen zur Politik der Einparteiregierung der ÖVP gezeigt, in welche Richtung sich das Schicksal Österreichs wenden würde, wenn das Ziel erreicht ist, erstmalig einen Sozialisten zum Bundeskanzler designieren zu können. Dieses Ziel ist nun erreicht, und die Sozialisten haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Mut haben, wenn es darauf ankommt, auch allein die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Die Gespräche und Verhandlungen ziehen sich nun schon über sechs Wochen hin. Die Sozialisten haben nämlich in demokratischer Weise der bisherigen Regierungspartei den Vorschlag gemacht, über die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Koalitionsregierung zu sprechen. Und sie haben dabei zwischen zwei Gruppen von Maßnahmen unterschieden: Jene, die, wie es eine gewisse Sprachregelung ausgedrückt hat, zum „harten Kern“ gehören, und anderen, über die gesondert gesprochen werden mußte. Zu dieser ersten Gruppe von Maßnahmen gehören vor allen Dingen jene Fragen, über die eine grundsätzliche Verständigung oder Vereinbarung zustande kommen muß, damit dann auf der Basis dieser Absprachen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen ohne größere Schwierigkeiten und vor allem ohne größere Zeitverluste erfolgen können.

Zu der zweiten Gruppe gehören alle jene Probleme, von denen auch wir wissen, daß es unmöglich ist, sie schon jetzt bei den Verhandlungen, ob eine Zusammenarbeit der beiden Parteien überhaupt in Frage kommen kann oder nicht, soweit klarzustellen, daß sie sofort in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten. Bei diesen Fragen geht es also lediglich um eine grundsätzliche Festlegung der Ziele unserer Politik, die dann in der Regierungserklärung ihren Niederschlag finden müßten. Unser Genosse Kreisky hat erklärt, daß es nicht Sache irgendeines Verhandlungskomitees sein könne, diese Regierungserklärung schon im voraus zu formulieren, sondern daß ihr Inhalt ausschließlich von der künftigen Bundesregierung selbst festgelegt werden muß und daß sie auch vor allem den Regierungsstil des künftigen Bundeskanzlers widerzuspiegeln hätte.

Als Beispiel dafür, was die Sozialisten zum „harten Kern“ zählen, sei auf die Steuerreform hingewiesen. Für diese gibt es Vorschläge, die bis in die kleinsten Einzelheiten gehen; es ist aber nicht die grundlegende, durchgreifende große Steuerreform, die wir im Wirtschaftsprogramm fordern, sondern es geht vor allem zuerst um eine kleine Reform, die keinen anderen Zweck haben soll, als zu verhindern, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die Teuerung der letzten Monate abgelten sollen, von den Finanzämtern wieder weggesteuert werden. Natürlich wird die große Reform gemacht werden, denn die Sozialisten halten ein, was sie vor der Wahl versprochen haben. Aber diese große Reform kann nicht schon jetzt bei den vorbereitenden Gesprächen bis ins einzelne diskutiert werden; dazu wird in der Regierungserklärung dann ein ganz eindeutiges, deutliches Versprechen abgegeben werden. Aber ganz gleich, ob „harter Kern“ oder kleine Reform,

Unsere Versprechen werden erfüllt!

Zum 25. Male jähren sich die Tage, an denen in Dortmund — im Romberg-Park und in der Bittermark — fast 300 unschuldige Menschen von einem verbrecherischen System ermordet wurden.

25 Jahre nach den schrecklichen Ereignissen trafen sich am Karfreitag am Mahnmal in den Wäldern der Bittermark Angehörige vieler Nationen, unter ihnen Tausende von Bürgern dieser Stadt, um der Toten vom Frühjahr 1945 zu gedenken. Niemals darf es sich wiederholen!

Die Stadt Dortmund wird die Erinnerung an die politischen Verbrechen wachhalten, die unter dem Hitler-Regime auch in Dortmund begangen wurden. Die NS-Verbrechen dürfen nicht vergessen werden, damit sie sich niemals wiederholen. Vor allem die Jugend mag erkennen, wozu es in einem Staat kommen kann, in dem demokratisches Recht nicht mehr gilt. Auch diese Dokumentation soll dazu beitragen. Sie ist den Männern und Frauen aus vielen Nationen gewidmet, die 1945 in Dortmund Opfer der Gestapo wurden.

Heinrich Sondermann
Oberbürgermeister



Der Karfreitag 1945 in Dortmund

In der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1945 führte die für den Regierungsbezirk Arnsberg zuständige Staatspolizeistelle Dortmund eine schlagartige Aktion durch. Anlaß waren die Berichte des V-Mannes G 64 über einen Kreis von Dortmunder Widerstandskämpfern, von denen 30, darunter einige unbeteiligte Ehefrauen, verhaftet und in das Dienstgebäude der Gestapo in Dortmund-Hörde eingeliefert wurden. Außerdem wurden drei unbeteiligte Personen irrtümlich festgenommen, aber wieder freigelassen. Weitere 12 Verhaftungen folgten in den nächsten Tagen. Gleichzeitig wurden 8 Personen aus einer Gruppe von Hagener und Schwerter Widerstandskämpfern festgenommen.

Die Widerstandsbewegung im südwestfälischen Raum bestand schon seit 1943. Sie war nicht besonders aktiv und wurde durch den Fehlschlag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 vollends gelähmt. In dieser Situation stieß der V-Mann G 64, der als politischer Häftling von 1938 bis 1943 im Konzentrationslager Sachsenhausen gesessen hatte, zu der Gruppe. G 64 regte die Widerstandskämpfer zu größerer Aktivität an und erreichte es, bald als ihr führender Kopf angesehen zu werden.

Bei der Vernehmung der 50 Verhafteten stellte die Gestapo keine hochverräterischen Ziele fest, wie sie von G 64 in seinen Berichten angegeben worden waren. Als Delikte nach den damaligen Gesetzen kamen nur das Abhören ausländischer Sender und Versuche zur Neubildung politischer Parteien in Betracht.

22 der Verhafteten wurden bis Anfang März 1945 wieder freigelassen beziehungsweise in das Polizei-

gefängnis Herne übergeführt und dort im April 1945 beim Einmarsch der Alliierten befreit. Für 28 Gefangene endete der Leidensweg mit ihrer Erschießung durch Gestapobeamte in den Wochen vor und nach Ostern (2. April) 1945.

Am 10. Februar 1945 begannen mehrere Gestapobeamte die Vernehmung der mutmaßlichen Hauptschuldigen. Zwei Bochumer Beamte, die über besondere Erfahrungen in einschlägigen Ermittlungsverfahren verfügten, waren nach Dortmund beordert worden. Bei allen Vernehmungen wurden die Angeklagten, die nicht im gewünschten Umfang gestanden, schwer mißhandelt. Nach dem Geheimerlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 12. Juni 1942 durften Häftlinge nur dann geprügelt werden, wenn bei der Vorermittlung festgestellt worden war, daß sie über wichtige staatsfeindliche Sachverhalte Auskunft geben konnten, dies aber nicht wollten.

Die Ermittlungen wurden gegen Ende Februar 1945 abgeschlossen. Die ersten Erschießungen erfolgten um den 7. März 1945. In den Wochen vor und nach Ostern 1945 müssen sich die Exekutionen zeitlich schnell gefolgt sein. Wer den Befehl zur Erschießung gegeben hat, ist unklar.

Seit dem Jahre 1942 bestand eine von Hitler gebilligte Vereinbarung zwischen dem Reichsführer SS Himmler und dem damaligen Reichsjustizminister Thierack, nach der gegen Polen und Angehörige der Ostvölker direkt mit staatspolizeilichen Mitteln ohne Hinzuziehung der Justiz verfahren werden sollte. In schweren Fällen wurde an den Delinquenten die

„Sonderbehandlung“, das heißt die Hinrichtung vollzogen. Die „Sonderbehandlung“ wurde in einem geheimen Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei Himmler vom 6. Jänner 1943 geregelt. In diesem Erlaß waren Durchführungsbestimmungen für die Sonderbehandlung von Fremdarbeitern und auch von Deutschen enthalten. Damit war der Kreis der Betroffenen unbegrenzt ausgedehnt und jede Willkür möglich.

Zunächst lag die Befugnis zur Anordnung der Sonderbehandlung allein beim Reichssicherheitshauptamt. Mit der Verschärfung der militärischen Lage wurden die Befugnisse im Februar 1945 den damals eingesetzten Kommandeuren der Sicherheitspolizei übertragen.

Die Staatspolizeistelle Dortmund unterstand seit 1943 dem Oberregierungsrat und SS-Standartenführer Dr. jur. Erich Roth, der 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde. Vermutlich hat Roth mit dem damaligen Kommandeur der Dortmunder Sicherheitspolizei, Oberregierungsrat Dr. Rudolf Batz, und anderen Beamten der Gestapo im Februar 1945 ein Gremium gebildet, das die Sonderbehandlung für alle der Dortmunder Gestapo unterstellten Gefangenen anordnete. Ein gerichtliches oder standgerichtliches Verfahren, bei dem die Angeklagten gehört worden wären, wurde nicht durchgeführt.

Außer den 28 Widerstandskämpfern befanden sich etwa 200 weitere Häftlinge im Gestapogebäude Dortmund-Hörde und in dem der Gestapoverwaltung unterstehenden Auffanglager auf dem Gelände des Dortmund-Hörder Hüttenvereins.

Die genaue Reihenfolge der Exekutionen war nicht zu ermitteln.

Nach dem Erlaß vom 6. Jänner 1943 waren bei einer Hinrichtung außerhalb eines Konzentrationslagers folgende Bestimmungen zu beachten: Als Exekutionsort sollte eine von außen nicht einzusehende Stelle gewählt werden. Die beteiligten SS-Männer beziehungsweise Beamten waren nach der Exekution über die Rechtmäßigkeit der Hinrichtung aufzuklären und in ihrer inneren Haltung so zu beeinflussen, daß sie „keinen Schaden nahmen“.

Am Nachmittag vor der ersten Exekution, die um den 7. März 1945 stattfand, wurde die Spielwiese in der Bittermark als Hinrichtungsstätte ausgewählt. Am nächsten Morgen um 5 Uhr wurden mindestens 29 Häftlinge von Hörde mit Lastkraftwagen dorthin gebracht. Die Häftlinge waren mit Draht gefesselt. Gestapobeamte brachten die Häftlinge gruppenweise zu einem auf der Waldwiese gelegenen Bombentrichter und erschossen sie. Der Trichter wurde dann notdürftig zugeschaufelt. Anschließend fuhr das Exekutionskommando zur Dienststelle zurück, wo es mit Tabakwaren und Schnaps versorgt wurde. Zwei Tage später wurde der Bombentrichter völlig eingeebnet.

Die zweite Exekution wurde vor dem 24. März 1945 vollzogen. Diesmal wurden etwa 21 Häftlinge erschossen und in einen Bombentrichter geworfen. Die dritte Exekution wurde in den Morgenstunden des 24. März 1945 durchgeführt. Dabei wurden etwa 25 Häftlinge, jeweils 2 oder 3 aneinandergefesselt, zu Fuß zur Bittermark geführt. Bei den Erschießungen wurde versehentlich auch ein Gestapomann getötet, der einen fliehenden Gefangenen verfolgte. Alle Opfer wurden in einem Bombentrichter verscharrt, der mit einer Zementschicht abgedeckt wurde.

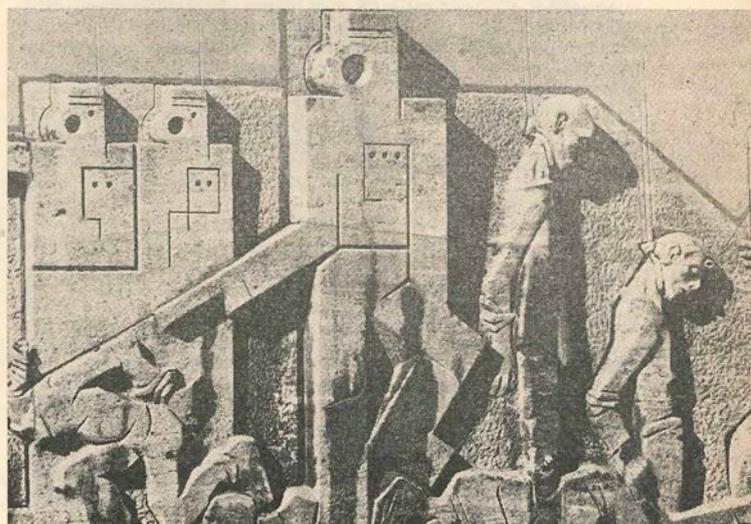
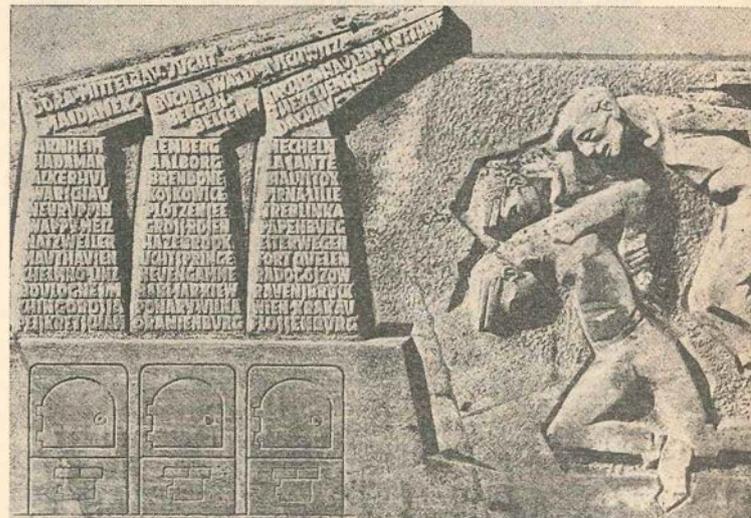
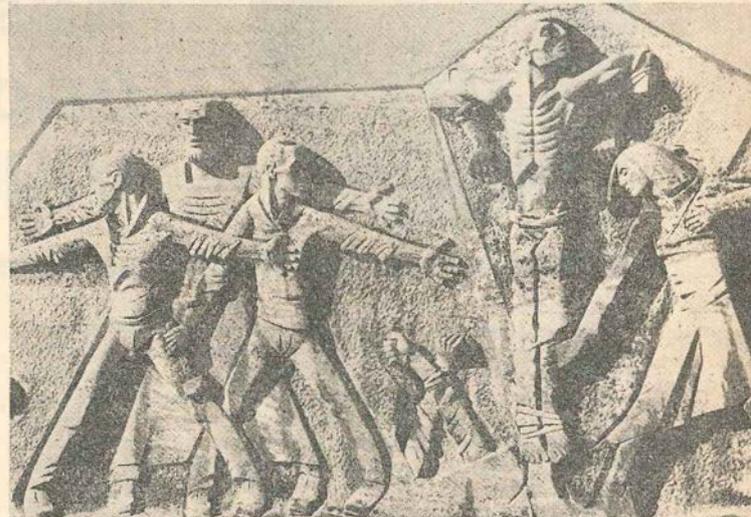
Am Karfreitag, dem 30. März 1945, fand die vierte Exekution im Romberg-Park statt. Insgesamt wurden mindestens 42 Menschen umgebracht. Der fünften Exekution am Waldrand in der Nähe von Hacheney Anfang April 1945 fielen 15 Häftlinge zum Opfer. Bei den weiteren Erschießungen wurden 34 Menschen im Romberg-Park, etwa 60 auf einem Ackergelände am Romberg-Park und drei am Abend des 8. oder 9. April 1945 kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner auf dem Eisenbahngelände Dortmund-Hörde getötet.

Die genaue Zahl der Opfer der Morde in der Bittermark und im Romberg-Park ist nicht mehr zu ermitteln. Denn eine amtliche Registrierung der Toten fand außer bei den Ausgrabungen in der Bittermark nicht statt. Diese Aufstellung und Zeugenaussagen lassen je-

doch darauf schließen, daß in Dortmund etwa 230 Männer und Frauen in den Wochen vor und nach Ostern 1945 von der Gestapo erschossen wurden.

Unter den Identifizierten befinden sich die Mitglieder des Dortmunder Widerstandskreises sowie von kleineren Widerstandsgruppen in Lippstadt und Meinerzhagen. Die weitaus meisten Opfer aber waren Arbeiter ausländischer Nationalität.

Details vom Mahnmal in der Bittermark.





Gegen Totalitarismus, Rassenhaß und Völkerhetze

Europäisches Treffen sozialdemokratischer Widerstandskämpfer vom 25. bis 28. März in Dortmund

Das europäische Treffen verfolgter Sozialdemokraten, das am 25. Jahrestag der nationalsozialistischen Karfreitag-Morde stattfand und zu dem unser Bund eine Delegation entsendet hatte, war weder ein Heldengedenktag noch ein unverbindliches Erinnerungstreffen. Es hatte, wie immer, wenn Sozialisten zusammenkommen, die gegen die braune Barbarei gekämpft und das Glück hatten, zu überleben, eigentlich nur eine Aufgabe: Zeugnis abzulegen für die „Zeit ohne Gnade“, aber auch Mahner und Warner zu sein vor den immer wieder auftauchenden neuen Ansätzen von Totalitarismus, Rassenhaß und Völkerverhetzung. Und es sollte dem Andenken aller Opfer dienen, die ihren Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft mit ihrem Leben besiegelt haben.

Die Feierlichkeiten wurden am 25. März 1970 mit der Eröffnung einer Dokumentationsausstellung eingeleitet, die bis zum 26. März 1970 in der Galerie des Stadthauses Dortmund (Rathaus) geöffnet blieb*.

Am darauffolgenden Donnerstag stand die Veranstaltung im Zeichen einer Reihe hochinteressanter Referate, die sich mit dem Thema beschäftigten, „In welchem Verhältnis zum Erfolg stehen die Opfer an Leben und Gesundheit aus dem Widerstand gegen Hitler“.

Zu dem Thema sprach als erster Redner der Abgeordnete Genosse Eberhard Brühnen, der unter anderem ausführte:

„Jeder der drei Kameraden, die hier auf die heute gestellte Frage antworten werden, muß zuerst einiges voraus berücksichtigen. Vor allem, daß jede Antwort an die Überlebenden des Kampfes gegen Hitler gerichtet ist, also vor allem an die Menschen von heute.“

Die Antworten, die auf die hier gestellten Fragen zur Diskussion stehen, müssen mit ihren Feststellungen, Urteilen und Kritik ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Demokratie und des Sozialismus sein. Nur ein Teil jener, die sich entschlossen haben, gegen das faschistische Regime Widerstand zu leisten, die sich erhoben und vereint haben, um zu handeln, konnten Zeugen des völligen Zusammenbruchs des Nazismus sein, der sich schließlich in der bedingungslosen Kapitulation am Ende des 2. Weltkrieges manifestierte. Seit damals hat der Tod außerdem auch unter den Überlebenden eine reiche Beute gehalten.

Aber es waren nicht nur die direkten Gesundheitsschäden, die im Widerstand ihre Opfer gefordert und sich auch noch nach 1945 ausgewirkt haben. Die gesundheitlichen Schädigungen, die während der Kampfzeit gegen Hitler unter der ständigen Drohung des Fallbeils und im Schrecken der Bombennächte verursacht worden sind, haben die Sterblichkeit unter den Antifaschisten sehr erhöht. Nehmen wir unseren Freund Werner Jakobi, der uns erst vor wenigen Tagen im Alter von 63 Jahren verlassen hat. Seine unermüdete Arbeit wurde durch eine schwere Operation unterbrochen. Aber er war zu erschöpft, seine Kräfte genügten nicht mehr, und so ist er von uns gegangen. Sein Tod ist der jüngste Beweis für diese traurige Wahrheit, die ich vorher gemeint habe.

* Bericht folgt in der nächsten Nummer unserer Zeitung.

Berücksichtigen wir aber einmal einen anderen Umstand, wenn wir die Frage beantworten wollen, was der Widerstand wirklich bedeutet hat. Etwa drei Viertel der heutigen Bevölkerung der Bundesrepublik ist nach 1918 geboren. Dieser Anteil unserer Bevölkerung war also im Jahre 1933 erst 15 Jahre alt und mußte sich während zwölf Jahren der nationalsozialistischen „Erziehung“ unterwerfen. Es ist genau der Teil unseres Volkes, der heute entscheidend die Politik beeinflusst. Mehr als die Hälfte unserer gegenwärtigen Bevölkerung ist nach 1933 geboren, und fast 36 Prozent unserer Mitbürger sind erst nach 1945 zur Welt gekommen.

Daraus folgt, daß mehr als 70 Prozent unserer heutigen Generation nichts oder nur sehr wenig mit dem Widerstand gegen Hitler zu tun gehabt haben. Für sie ist die Demokratie von Weimar eine Sache, von der man in den Geschichtsbüchern lesen kann oder deren sich der eine oder andere aus Erzählungen erinnert. Und gerade die Geschichtsquellen für diese Zeit fließen sehr spärlich und sind nur in ganz wenigen Fällen ausreichend. Denn die nationalsozialistische Barbarei hat nicht nur alles gemordet und zerstört, was sich gegen sie erhoben hat oder sich passiv verhielt; die Nazis haben vielmehr versucht, und zwar mit einem fast vollkommenen Erfolg versucht, die alten Kulturgüter zu zerstören und alle Geschichtsquellen aususchalten. Der deutsche Faschismus hat seine kulturellen Zerstörungen durch den Raub sämtlicher Einrichtungen der Arbeiterbewegungen begonnen, durch die Bücherverbrennungen und durch die Zerstörung von Kunstwerken fortgesetzt, und er endete schließlich, nachdem er die ganze Welt während des 2. Weltkrieges in Brand gesteckt hatte, mit verbrannten und bombardierten Städten und schließlich mit der bedingungslosen Kapitulation.

Deutschland versucht nun, 25 Jahre nach diesem schrecklichen Ende, mit Hilfe der gegenwärtigen Regierung einen echten Beitrag zum Weltfrieden und für ein geeintes Europa zu leisten. Freilich, ohne Willi Brandt oder Genossen wie Herbert Wehner, ohne die deutschen Sozialdemokraten, wäre dieser Weg niemals denkbar gewesen. Aber es wäre auch ganz undenkbar ohne den Widerstand gegen Hitler und die unermüdete Arbeit jener, die diese Zeit des Widerstandes überlebt und im Jahre 1945 wieder von null an begonnen haben, unsere Gemeinschaft Staat aufzubauen. Da galt es zuerst, die Brände zu löschen, die Straßen zu säubern, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen versuchen und mit den großen „kleinen“ Sorgen des Alltags fertig zu werden. Viele der Überlebenden erinnern sich noch des Idealismus jener Frauen und Männer in den ersten Tagen nach dem schrecklichen Ende. Die Geschichte ihres großen Beitrages muß aber noch geschrieben werden. Denn, wer könnte sich denn heute noch die immensen Schwierigkeiten vorstellen, die in den Jahren 1945 bis 1947 vor jedem einzelnen von uns gestanden sind! In den Städten begann der schwierige Wiederaufbau, der durch das Chaos nach dem Zusammenbruch verursacht wurde. Aber alles, was von einem politischen Standpunkt aus unternommen werden mußte, um wirksam zu werden, wurde durch die Sieger des 2. Weltkrieges nicht gestattet. Nur die Kräfte des Widerstandes konnten sich sammeln, freilich ebenfalls unter den Augen der Besatzungsmächte, und eine neue Organisation aufbauen; zuerst in den verschiedenen Besatzungszonen und später im geteilten Deutschland. Es waren 25 Jahre harter und schwieriger Arbeit notwendig,

um das Wirtschaftsleben neu in Schwung zu bringen und in beiden Teilen des früheren Deutschland eine politische Ordnung aufzubauen. Ohne den Widerstand gegen den deutschen Faschismus, ohne die großen Opfer und die schrecklichen Verluste, die von den Kämpfern im Widerstand gefordert wurden, wäre dieses Resultat niemals möglich gewesen.

Wenn dieser Weg mit Erfolg fortgesetzt werden soll, und wenn wir bewahren wollen, was wir bis jetzt erreicht haben, dann hängt das alles nur von einer Frage ab: Wie weit wir unseren Kampf fortsetzen wollen. Denn in der gleichen Weise, wie der Erfolg der Sozialdemokratie nach 1945 — zuerst in den Städten und später in den Ländern — nicht vorstellbar wäre ohne dieses kämpferische Element, ist schließlich nach 1969 ein Erfolg erzielt worden, der darin gipfelte, daß die Sozialdemokratie den Präsidenten der Republik und den Bundeskanzler stellte!

Nachdem Brühnen noch daran erinnert hatte, daß die aktiven Antifaschisten bestimmt ganz verschiedene Auffassungen von den Zielen ihrer Arbeit und von den Arbeitsmethoden in der Illegalität gehabt haben und daß vielfach oft sogar die Möglichkeit eines Erfolges in Frage gestellt schien, daß sie aber einig waren in ihrem Kampf gegen Hitler und sein Gewaltregime. Er führte als Beispiel an, daß noch zu dem Zeitpunkt, als die letzten Wahlen in den Reichstag erfolgten, im Jänner 1933, die demokratischen Parteien und die Parteien der Linken noch immer 18 Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnten, trotz allem Terror, trotz aller Drohungen und trotz der brutalen Gewalt, die von den Nazis allerorten praktiziert wurde, und daß es nur 17,3 Millionen Nazi-Stimmen gegeben hat. Und es war Otto Wels gewesen, der damals als Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratischen Partei seine mutige Rede gegen das von den Nazis geforderte Ermächtigungsgesetz gehalten hat.

Trotzdem aber stimmten das Zentrum und die Demokraten in dieser entscheidenden Sitzung für die Ermächtigungsgesetze; das Ende der Weimarer Republik war gekommen. So endeten die Illusionen der Demokraten, denn keine der damaligen Parteien erfaßte den historischen Wechsel, der sich in diesem Augenblick vollzogen hatte, keine machte sich ein Bild von der Tragweite dieses Beschlusses oder von der Dauer und den Gewaltmethoden, die von da an die Regierungsgewalt ersetzten. Und es müsse offen gesagt werden, daß mit Ausnahme der KPD kaum eine der demokratischen Parteien wirklich ernsthaft auf den aktiven Widerstand gegen den Faschismus vorbereitet war und weder über die notwendigen Mittel noch über die kämpferische Erfahrung in einem illegalen Kampf verfügte.

Während dieser Jahre hatte daher die KPD die schwersten Verluste überhaupt zu ertragen. Die sozialdemokratischen Führer, die erkannten, welche Gefahren der Sieg der Nationalsozialisten mit sich brachte, wurden brutal unterdrückt, und wer sich nicht in die Emigration zu retten vermochte, kam in die KZs oder in die Fänge der nazistischen Hilfsorganisationen. Das gleiche Schicksal erlitten auch alle anderen Gruppen der Opposition samt ihren angeschlossenen Organisationen. Und schließlich endeten alle etwa noch vorhandenen Illusionen am 2. Mai 1933 mit der Auflösung der Gewerkschaften und mit dem Tod vieler ihrer Führer. Dann sagte Brühnen:

„Wenn ich also wiederholen darf, dann muß ich feststellen, daß keine der demokratischen Organisationen wirklich darauf vorbereitet war, eine Auseinandersetzung mit der Ideologie und mit den Organisationen des Faschismus zu führen. Es war vielmehr so, daß sich erst dann die richtigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf in der Illegalität entwickeln konnten, nachdem die direkten Kontakte mit den Organen der Nazis die notwendigen Erfahrungen brachten. Mit der Gestapo und mit den Volksgerichten. Jeder Widerstand gegen den deutschen Faschismus wurde von Haus aus als Hochverrat erklärt und nach dem geltenden Standrecht mit der Todesstrafe bedroht. Wer sich für den Widerstand entschloß, mußte alle Brücken zur Vergangenheit abbrechen. Und jeder, der sich für den Widerstand entschied, mußte damit rechnen, Freiheit, Gesundheit zu verlieren und schließlich den Tod auf sich zu nehmen.“

Nachdem Brühnen noch darauf hingewiesen hatte, daß schließlich auch jene Mitbürger, die sich als unpolitisch betrachteten und sich entschlossen, passiv zu bleiben, schließlich ebenfalls Opfer ihrer eigenen Unentschlossenheit geworden sind, sagte er:

„...mögen die heutigen Verhältnisse auch für viele Widerstandskämpfer im Vergleich zu den Opfern, die gebracht werden mußten, unbefriedigend sein, so müssen wir doch sagen, daß sie ohne den Beitrag, der durch den Widerstand erbracht wurde, heute überhaupt nicht denkbar wären. Und daß der Beitrag der vielen, die Leben, Freiheit und Gesundheit aufs Spiel setzten — (scheinbar ohne oder mit einem unmittelbaren Erfolg) —, für die Erhaltung unserer Kultur und für die Freiheit der ganzen Welt nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.“

Die Opfer dieses Kampfes, die Toten und die Leiden der Überlebenden, müssen den Menschen von heute immer wieder von neuem ins Bewußtsein gerufen werden. Freilich muß man auch immer wieder davon reden, daß auch manche Fehler der Demokratie von Weimar oder die Uneinigkeit der Parteien in einer Stunde der Todesgefahr ebenso schuldtragend am Zusammenbruch gewesen sind, ebenso wie der Umstand, daß man sich nicht auf die Notwendigkeit vorbereiten wollte, den Faschismus aktiv zu bekämpfen. Ziel des Widerstandes war und bleibt es, die bitteren Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus in aller Welt zu verbreiten und die Massen für den Kampf gegen Gewalt und Willkür zu begeistern, für den Kampf für eine bessere Welt, für den Kampf für eine Welt des Sozialismus.

Als nächster Redner sprach Genosse Günter Markscheffel zu dem Thema; und zwar aus der Sicht der seit dem Jahre 1933 im Exil lebenden Sozialisten. Einen Auszug aus seinen Ausführungen hoffen wir, in der nächsten Nummer unserer Zeitung bringen zu können.

Auch der nächste Beitrag zu dem Thema „In welchem Verhältnis zum Erfolg stehen die Opfer an Leben und Gesundheit aus dem Widerstand gegen Hitler“ war ein Referat für sich.

Genosse A. Kummernuß, der vom Standpunkt der Gewerkschaften aus diesen überaus interessanten Diskussionsbeitrag lieferte, stellte an den Beginn seiner Rede sozusagen als Motto den Satz: „Was der Freiheit und den Menschen dient, muß immer getan werden, auch dann, wenn die Chancen eines Erfolgs minimal zu sein scheinen“. Er sagte, daß Jahrestage wohl immer gefeiert worden sind und daß solche auch in Zukunft noch gefeiert werden; daß es aber dennoch etwas völlig anderes sei, wenn die eigentlich nur durch einen Zufall am Leben Gebliebenen, jene, die nur durch bloßen Zufall den Kerkern und KZs der Nazis entronnen sind, ihre Stimme erheben und die Zeit von damals wieder ins Gedächtnis rufen. Denn niemand, der für die Zukunft arbeiten will, kann darauf verzichten, die eigene Vergangenheit genau zu kennen. Und er meinte, daß es daher von geradezu ungeheurer Bedeutung wäre, wenn man jene, die immer wieder sagen „Hört auf mit diesen alten Geschichten!“ auf diese These hinwies. Genosse Kummernuß ging aber noch weiter, als er ausführte, daß es in der Bundesrepublik sogar Leute gegeben habe, die sich hinter den geheuchelten Sentiments für die Opfer und die Toten unter den Widerstandskämpfern selber versteckten. Freilich wären auch die Alliierten im Jahre 1945 in einem erheblichen Maß an dieser Entwicklung mitschuldig geworden, weil sie versucht hatten, die Deutschen zu Demokraten zu erziehen, ohne dabei zu bemerken, daß es gerade mit ihrer Hilfe wieder Leute gegeben habe, die von neuem in wichtige Positionen aufgestiegen seien, obwohl sie sich als Nationalsozialisten mit schwerer Schuld beladen hatten. Der Prozeß der Denazifizierung später hat dann vor allem die kleinen Mitläufer, die Indifferenten und jene, die aus Angst zu allem ja gesagt hatten, erfaßt. So hatte also die Bourgeoisie, die für Hitler gestimmt hatte, einesteils zwar verloren, aber andernteils gerade mit Hilfe der Alliierten ganz schöne Positionen wiedergewonnen. Auf diese Weise durfte es auch nicht erstaunen, daß beispielsweise unter dem ersten deutschen Bundeskanzler ein Mann wie Globke eine so wichtige Position einnehmen konnte.

Genosse Kummernuß gab dann einen ausführlichen Überblick über die Zeit des Wiederaufbaues der deutschen Gewerkschaften und betonte, daß gerade die Gründung der unabhängigen deutschen Gewerkschaften einer der ersten Erfolge der illegalen antifaschistischen Tätigkeit gewesen ist. Es seien vielfach Männer und Frauen des Widerstandes gewesen, die die Demon-

tage mancher Fabrik und manchen Betriebes verhindert haben, und es waren daher die Gewerkschafter, die oft gegen den Widerstand und gegen den Willen der Offiziere doch durchgesetzt haben, daß die Arbeitsplätze Tausender und Abertausender Männer und Frauen erhalten geblieben sind; freilich, damit war aber auch das Eigentum der Unternehmer gerettet worden. Heute haben viele von jenen, die ganz groß verdienen und die die deutsche Wirtschaft vertreten, nicht nur vergessen, was ich soeben gesagt habe, sondern sie sind darüber hinaus der Meinung, daß man beispielsweise mit einer Haftentschädigung von 1.50 DM pro Tag genügend getan habe, um das alles „abzugelten“ und daß sich die Opfer damit zufriedengeben sollen.

„Für uns ist es ein großer Erfolg“, sagte Kummeruß abschließend, „daß heute Männer wie Willi Brandt und Gustav Heinemann an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland stehen. Sie zeigen aller Welt, daß wir bereit sind, unseren Beitrag zu leisten und dafür zu kämpfen, daß die Menschen dieser Erde in Freiheit und in Frieden leben können.“

Als letzter Redner sprach schließlich Genosse Jean-Louis Forest, der Präsident der Fédération Nationale des Déportés du Travail, aus dessen Rede wir die folgenden Ausführungen zitieren:

„— ich weiß die Ehre sehr zu schätzen, die den Zwangsarbeitern aller Nationen erwiesen wird, wenn ich hier vor Ihnen sprechen darf und mein Wort Erinnerung und Hoffnung zugleich repräsentiert. Denn für Sie wie für uns sind die Tage hier in Dortmund Tage der aufrichtigen Brüderlichkeit. Wir haben nichts vergessen, und wir wollen vor allem auch nicht, daß die Welt von heute und von morgen die Nacht- und Nebelperioden vergißt, die Hitler und alle Nazis unsere Generation haben durchleben lassen. Für unsere toten Brüder, welche Nationalität auch immer sie haben mögen, sind wir nicht Erben, sondern Zeugen. Wir wollen nicht ernten, was sie gesät haben — aber wir fühlen und verstehen, daß ihr Opfer nicht umsonst gewesen sein darf. Möge nie wieder Krieg unsere Länder zerreißen, möge niemals wieder der Faschismus über Männer und Frauen kommen, möge nie wieder Kinder die Schrecken von Trennung, Bombardement und Mord kennenlernen. Wir sind heute und für immer an Ihrer Seite im Kampf um den Frieden.“

Ich möchte nur kurz andeuten, was die von Sauckel und Laval eingeführte Zwangsarbeit für uns bedeutete. Die Nazis haben den passiven Widerstand, den wir nach besten Kräften geleistet haben, Sabotage genannt. Heute wage ich aber auch zu sagen, daß wir alle Risiken auf uns genommen haben, um Hitlers Kriegsmaschine zu sabotieren. In den Fabriken wurden ungenaue Werkstücke hergestellt, die Maschinen beschädigt oder moralische Sabotage betrieben. Wir haben oft den aufgepeitschten Optimismus der Nazis durch Nachrichten gedämpft, die wir über freie Sender in unseren miserablen Baracken abhörten, während Kameraden draußen aufpaßten. Das war passiver Widerstand, der viele von uns in den Tod geführt hat. Es waren 15.000 von uns, die man erschossen oder enthauptet hat. Es war ein passiver Widerstand, der uns viele, viele Tage in Konzentrationslagern kostete. — Aber es wurde auch, wo es möglich war, bewaffneter Wider-

stand geleistet, wie in den Wäldern der Tschechoslowakei und anderswo.

Wenn ich heute daran erinnere, dann geschieht das nicht, um uns selbst zu ehren, sondern nur um nochmals das Klima dieser ‚Zeit ohne Gnade‘ zu zeigen. Und ich will dieses Bekenntnis gerade vor Ihnen ablegen, die Sie schon seit dem Jahre 1933 und früher mutig für die Sache der freien Menschen eingetreten sind und Ihr Leben und das Glück Ihrer Familien aufs Spiel gesetzt haben. Ich tue das nicht nur in meinem eigenen Namen, denn das wäre ein viel zu kleiner Preis. Ich spreche davon im Namen meiner 60.000 Kameraden, die während der Deportation umgekommen sind, im Namen jener 50.000 anderen, die die Rückkehr aus dieser leidvollen Zeit nicht mehr lange überlebt haben, und im Namen der 20.000, die heute noch die Spuren der schrecklichen Jahre im Exil am eigenen Körper tragen.

Wenn ich das alles sage, dann hat es noch mehr Wert in einem Saal, in dem wir an unseren Freund Leo Radtke denken, unseren alten Freund, der am 1. Mai des vergangenen Jahres gestorben ist und an dessen Grab sich morgen seine französischen Freunde versammeln werden.

Ich will Ihnen aber auch sagen, daß dieser passive oder bewaffnete Widerstand der Zwangsarbeiter, von dem ich vorhin gesprochen habe, nur dank vieler Deutscher möglich wurde, die an unserer Arbeit teilnahmen. Ja, wir haben in diesem Lande, in dem das Hakenkreuz so viele Knopflöcher zierte, Männer und Frauen gefunden, die uns bewußt halfen, obwohl sie das große Risiko, das sie eingingen, ganz genau kannten. Und wenn einige von uns heute noch am Leben sind, dann verdanken sie das ihnen; und wenn einigen Kriegsgefangenen oder Deportierten noch im letzten Moment die Flucht gelang, bevor die Polizei, der SD oder die SA zugriffen, dann waren es Deutsche, die sie gewarnt, versteckt oder ihnen sonst zur Flucht verholfen haben. Das soll die Welt auch nicht vergessen! Und seien Sie davon überzeugt, daß auch wir es nie vergessen werden.

Ich wollte Ihnen das alles gerade heute und hier im Ruhrgebiet sagen, das so stark den Lockungen der NPD widerstanden hat. Ich glaube, daß die Zeit der Mörder für immer überwunden sein dürfte. Aber der Frieden — und das wissen wir alle — ist kein Geschenk Gottes. Er muß aufgebaut und verdient werden. Führen Sie diesen täglichen Kampf um den Frieden weiter, und seien Sie gewiß, daß Sie ihn nicht allein führen. Wir hätten das gerne auch vor Bundeskanzler Brandt wiederholt, dessen Bemühungen wir mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgen.

Es ist jetzt 25 Jahre her, daß wir und Sie in der Hoffnung wiedergeboren wurden, und es erfüllt uns mit Befriedigung, daß wir weder unsere damaligen Resolutionen noch die Gedanken unserer Toten verraten haben. Ich zitiere nochmals Jaurès, der sagte: ‚Mag das Wasser auch zum Meer fließen, der Fluß bleibt seiner Quelle treu.‘ Auf dem Weg zum Frieden werden alle Opfer des Nazismus ihren Schwüren von 1945 immer treu bleiben! Und so lassen Sie mich denn mit einem der schönsten aller Worte, die die internationale Sprache erfunden hat, grüßen: Mut meine Kameraden! Laßt uns niemals vergessen! Freundschaft!“

Mit der Rede des Genossen Forest schloß das Tagungsprogramm des Tages. Er hatte zu dem Thema im Namen aller Zwangsarbeiter, die im Dritten Reich unter menschenunwürdigen Bedingungen schufteten mußten, gesprochen.

Die Gedenkkundgebung beim Mahnmahl

Der folgende Tag — Karfreitag — begann mit der Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, auf der auch unsere Genossin Rosa Jochmann das Wort ergriff, um die Grüße des Parteivorstandes und der Sozialistischen Freiheitskämpfer zu überbringen.* Unseren deutschen Genossen wurde ein Wimpel zur Erinnerung an das Treffen der Widerstandskämpfer überreicht.

Den Höhepunkt des Treffens aber bildete die Gedenkkundgebung, die am Nachmittag beim Mahnmahl in der Bittermark stattfand. Als Veranstalter zeichnete die Stadt Dortmund. Trotz des unfreundlichen Wetters hatten sich mehr als 12.000 Menschen eingefunden, um der Toten zu gedenken. Um die Krypta hatten sich die vielen Fahnen der in- und ausländischen Delegationen gruppiert, die zahlreiche Kränze niedergelegt hatten. Auch wir hatten einen Kranz niedergelegt,** und die Fahne unseres Bundes grüßte die Toten aus der Bittermark.

* Die Rede unserer Genossin Rosa Jochmann bringen wir in unserer nächsten Nummer.

** Der Kranz lag an der auf dem Bild bezeichneten Stelle.



Die Feier war musikalisch umrahmt, wobei das Polizeiorchester Dortmund und die Volkschöre Dortmund-Hörde mitwirkten. Der Oberbürgermeister von Dortmund, Genosse Heinrich Sondermann, hielt die Gedenkrede, in der er unter anderem sagte, es sei der Sinn dieser Gedenkstunde, nicht nur die Toten zu ehren, die einem sinnlosen Morden der Gestapo zum Opfer gefallen seien, sondern auch immer und immer wieder zu warnen. Zu warnen vor den Gefahren einer totalitären Herrschaft, aber auch alle Menschen aufzurufen, stets wachsam zu bleiben, damit sich Greuel-taten, wie sie hier geschehen sind, niemals mehr wieder-holen können.

In der anschließenden Ansprache gab der Bundes-minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, ein umfassendes Bild der Bemühungen, dem Frieden und dem Fortschritt zu dienen und so das Vermächtnis der Opfer zu erfüllen.

Eine ergreifende Rede hielt zum Abschluß der Prä-sident der Fédération Nationale des Déportés du Tra-vail, Genosse Jean-Louis Forest, der unter anderem sagte:

„Nun trennt uns schon ein Vierteljahrhundert von der Tragödie in der Bittermark; ein Vierteljahrhundert trennt uns auch von der Befreiung aus den Konzentrationslagern. Eine lange Zeit — ein Vierteljahrhundert ist lang; es genügt, um aus einem Kind einen Mann, aus einem Mann einen Greis zu machen.

Aber es wäre falsch, die Leiden zu verwischen und die Erinnerung auszulöschen. Es sei mir daher gestattet, hier allen für die Treue zu danken, die sie durch ihre Taten bewiesen haben. Ich tue dies im Namen von nicht nur 600.000 Zwangsarbeitern aus Frankreich, sondern auch im Namen jener Millionen Zwangsarbeiter aus ganz Europa, über deren Interesse unser Internationaler Ver-band wacht.

Ich danke aber auch dafür, daß Sie in diesem März 1970 wieder an unserer Seite stehen, um brüderlich jener 300 Kameraden zu gedenken, die Hitlers SS an dieser Stelle brutal getötet hat, ohne ein anderes Motiv als Mord-wut dafür zu haben. Euch Brüder aus sieben Nationen, die ihr hier als unschuldige Opfer ruht, grüße ich aus tiefstem Herzen. Mögt ihr geboren sein im Lande von Goethe oder Gorki, mögen Erasmus von Rotterdam oder Descartes der Philosoph eurer Jugend gewesen sein, oder Verhaeren in seinen Gedichten; war es das Spiel der Wellen der Weichsel oder mögen die verträumten Abende des ‚unsterblichen‘ Prag euch die großzügige Schönheit gelehrt haben — das Unglück vor dem Tod hat uns alle zu Söhnen der gleichen Familie gemacht: Unsere Mutter heißt Freiheit, unser Vater heißt Mut. Und um das neuer-lich zu beweisen, sind wir heute hier vereint. Jean Jaurès, der für immer der Apostel des Friedens und der Sämänn freiheitlicher Ideen bleiben wird, sagte einmal: ‚Wenn man nach langer Zeit zurückkehrt, da schätzt man plötz-lich all das, was die unmerkliche Flucht der Tage von uns genommen hat, um es der Vergangenheit zu geben‘, und er fügte hinzu: ‚Mag die Zeit auch unsere Kräfte langsam schwächen — wenn man sie richtig für große Aufgaben einsetzt, dann überlebt darin ein Teil unser selbst.‘ Ist es nicht gerade das, was wir alle seit dem Beginn der Feierlichkeiten in Dortmund empfanden?

Es ist jetzt fast auf den Tag genau zwölf Jahre her, seit wir am 4. April 1958 dieses Mahnmal in der Bitter-mark zusammen mit dem damaligen Oberbürgermeister von Dortmund, Dietrich Keuning, mit unserem alten Kameraden Paul Höbener und unserem lieben Genossen Leo Radtke, der uns leider inzwischen schon verlassen hat, feierlich seiner Bestimmung übergeben haben. Wir haben nichts von diesen erschütternden Stunden ver-gessen. Vor allem nicht den langen Trauerzug, mit dem wir deinen Sarg, mein unbekannter deportierter Zwangs-arbeiter, drei deutsche Widerstandskämpfer gegen den Nazismus und drei der Unseren in diese Krypta über-geführt haben. War es nicht ein echtes Symbol, daß es an diesem Tag die Stimme Frankreichs war, die durch den Kabinettsdirektor Georges Lepeltiere der Welt die Bedeutung des Mahnmals zu erklären versuchte?

Es erfüllt alle für die große Stadt Dortmund verant-wortlichen Deutschen und uns ehemaligen Zwangsarbeiter aus Frankreich mit allgemeinem Stolz, daß hier ein Denk-mal errichtet werden konnte, das für immer eines der Nazi-Verbrechen gegen die Menschlichkeit brandmarkt, und das gleichzeitig für den Aufbruch in eine neue Welt einen gewaltigen Meilenstein darstellen soll, in der der Friede den Krieg besiegt hat.

Das ist die Rechtfertigung von Jaurès. Denn in diesem Denkmal wird tatsächlich etwas von uns überleben; aber es wird noch mehr die Botschaft derjenigen weitertragen, die wir in diesem Monument hier ehren.

Seid beruhigt, meine verschwundenen Brüder! Wir haben nichts aus diesen Unglückstagen vergessen; jene Jahre, in denen uns die Sauckel und Laval in Eisenbahn-züge geworfen haben, die uns in die Sklaverei brachten. Wir haben nicht die Jahre vergessen, in denen die Gestapo und die SS uns in schlechteste Baracken hetzten, nicht die Jahre, in denen man für weniger als nichts hier in der Bittermark mordete, in Brandenburg köpfte oder wie in Großbeeren die Zwangsarbeiter in die Massengräber warf. 60.000 der Unseren sind in Deutschland umgekomen, mehr als 50.000 werden bis zum Ende ihres Lebens die Wundmale dieser verfluchten Epoche zu tragen haben. Wir haben nichts vergessen!

Wir bekräftigen es hier an diesem Grabmal ohne Kreuz, an einem Tag, der jenen so ähnlich ist, die wir aus den Stunden der Verzweiflung kennen. Seht Kameraden, dieser Tag hat die gleiche Frische, die gleiche süße Poesie und die gleiche eindringliche Unruhe. Für euch hat sich unsere Kraft in Zärtlichkeit verwandelt, und unsere Freundschaft nennt sich Zuneigung. Sie gilt allen Depor-tierten, allen Zwangsarbeitern und den Kämpfern des Widerstandes, den politischen Häftlingen und dem Kriegs-gefangenen, den Soldaten mit oder ohne Uniform, den Frauen und Kindern, allen, die unter den Schüssen des verrückten Nazismus gefallen sind. Ja, wir vereinigen sie alle, ohne Rücksicht auf Nationalität, Weltanschauung oder Religion, damit die Welt 25 Jahre danach um die Größe der Opfer wisse. Damit unser Wunsch in Erfüllung gehe, künftigen Generationen solche Schrecken zu ersparen. Und wir schließen auch ihre Familien mit ein, für die seitdem der Frühling nie wieder gekommen ist.

Lassen Sie mich unsere Aufgaben zusammenfassen: Wachsamkeit, Vertrauen und Einigkeit!

Wachsamkeit? Das bedeutet, daß wir uns in einer Welt, die noch zerrissen ist, jede Leichtfertigkeit des Handelns verbieten müssen. Das bedeutet Vorsicht vor dem Wieder-erstarken des Nationalismus und des Rassismus, wo und gegen wen immer sie sich manifestieren. Lassen wir uns nicht durch den Gesang der Sirenen verführen. Es geht um das Glück des kleinen Mannes, denn es ist das Glück unserer Nationen, das davon abhängt.

Vertrauen? Das bedeutet vor allem Respekt den ande-ren gegenüber, sowohl dem einzelnen als auch der Nation. Man sollte sich nicht nur bei Gelegenheiten wie dieser, heute, an jenen Gedanken von Jaurès erinnern, sondern auch im täglichen Ringen unseres Daseins: ‚Das, was wahr bleibt bei allem Unglück, bei allen Ungerechtig-keiten, die man begangen oder erlitten hat, ist die Tat-sache, daß man große Zugeständnisse an die menschliche Natur machen muß. Daß man sich selbst verurteilt, die Menschlichkeit nicht verstanden zu haben, wenn man nicht den Sinn ihrer Größe und eine Ahnung ihrer unver-gleichlichen Schicksale kennt.‘

In einer Welt, in der die moderne Technik die Entfer-nungen verwischt hat und niemand vor plötzlicher Aggres-sion geschützt ist, kann uns lediglich die Einheit und allein der Glaube in eine solche Einigkeit retten.

Einigkeit? Das bedeutet, daß man suchen muß, was uns alle vereint, damit wir das, was uns trennt, besser überwinden können. Und um das zu erreichen, ist die Sprache der Vernunft viel überzeugender, als es die ver-derbenbringende Kraft des Atoms jemals sein kann. Wir wissen es sehr gut, wenn die Gerechtigkeit Respekt ver-langt, provoziert dagegen die Macht nur den Widerstand.

Wenn nun die kleine Flamme der Lampe der Brüder-lichkeit seit zwölf Jahren in der Krypta des Mahnmals in der Bittermark flackert, dann ist sie das Licht der Hoff-nung, das sich in unseren Gesichtern spiegelt. Es liegt nun an uns, an uns allen, an allen Menschen guten Willens aus Ost und West, daß diese kleine Flamme immer in unseren Herzen lebendig leuchte. Denn es ist das Licht der Wachsamkeit, des Vertrauens und der Einigkeit, aber auch die Leuchte des Friedens. Denn Ruhm ist niemals da, wo es diese Tugenden nicht gibt.

Das ist der Wunsch, den ich an diesem Abend vor Ihnen allen ausspreche, weil wir alle zutiefst an die Mensch-lichkeit glauben.“

Nach den Worten des französischen Genossen schloß die Kundgebung mit dem Lied „Unsterbliche Opfer“ und dem Largo von Georg Friedrich Händel.

Am Abend hatte die Stadt Dortmund zu einem gemeinsamen Zusammensein aller Delegierten ein-geladen, an dem auch der Oberbürgermeister, die Stadt-räte und der Polizeipräsident teilnahmen.

Manifest der Überlebenden von Auschwitz

Nach einer Kundgebung, die anlässlich der 25. Wiederkehr des Befreiungstages von Auschwitz in Brüssel stattfand, wurde das folgende Manifest veröffentlicht:

Vor 25 Jahren wurde Auschwitz, das größte nationalsozialistische Konzentrationslager, befreit.

Nur zögernd hat die Menschheit in dem Vierteljahrhundert, das seit dem 27. Jänner 1945 vergangen ist, als die ersten russischen Truppen das Lager betraten, davon Kenntnis genommen, was in diesem Vernichtungslager geschehen ist: Der bürokratisch präzisiert organisierte, sachlich-nüchtern mit modernen technischen Mitteln geübte Massenmord von Menschen, deren einziges „Vergehen“ ihre Abstammung war. Millionen wurden nach Auschwitz deportiert, wenige Zehntausende kamen von dort wieder zurück. Weitaus die meisten Opfer der exakt konstruierten Vernichtungsmaschinerie wurden einfach nur deswegen getötet, weil sie Juden oder Zigeuner waren.

Wir haben die in Auschwitz Ermordeten nicht vergessen; nicht unsere Familienangehörigen und Freunde, nicht die graue Masse der Namenlosen, die nur zu oft vor unseren Augen in den Tod getrieben wurden, während wir dazu verurteilt waren, ohnmächtig zuzusehen. Worte zu ihrem Gedenken könnten leicht leer klingen oder zur Phrase erstarren.

Wir fühlen uns trotzdem verpflichtet, unsere Stimme zu erheben, obwohl wir wissen, daß keine politische Partei oder Richtung, keine Nation, keine Religionsgemeinschaft ein Recht besitzt, im Namen aller Opfer von Auschwitz zu sprechen. Denn die in die Gaskammern getriebenen Menschen vertraten im Leben alle nur erdenklich verschiedenen Anschauungen. Wer im Namen der Opfer von Auschwitz spricht, hat sich auf das einzige zu beschränken, was alle bewegt hat, die in den Bereich dieser Mordstätte geraten sind: darauf, daß sich solch ein Unheil nie wiederhole. Die entscheidende Lehre heißt, sich zur Wehr zu setzen, wenn irgendwo versucht wird, Menschen ihrer Abstammung wegen zu verfolgen, und alle Vorwände zu entlarven, hinter denen sich solche Absichten verstecken mögen. Denn nur zu schnell und leicht kann in unserer Zeit Rassenhaß zu einem technisierten Massenmord von unvorstellbarem Ausmaß führen — das hat Auschwitz eindringlich bewiesen. Jeder antisemitischen Tendenz, jeder Mißachtung der Zigeuner oder irgendeiner anderen Menschengruppe muß entgegengetreten werden, bevor sie mörderische Ausmaße annehmen kann. Das jedem stets ins Gedächtnis zu rufen, empfinden wir, die Auschwitz überleben konnten, als unsere erste Verpflichtung.

Wir wissen, daß der Antisemitismus, der vor 25 Jahren bei vielen Deutschen und manchen Österreichern eine weit verbreitete Anschauung war, nicht mit Hitlers Selbstmord geschwunden ist. Es gilt daher, sorgsam auf jede Tendenz aufmerksam zu machen, die in diese Richtung zielt, und immer wieder zu ermahnen, stets allen Generalisierungen und der Diskriminierung von Menschengruppen entgegenzutreten.

Wir dürfen aber auch die Tatsache nicht außer acht lassen, daß der Antisemitismus bei anderen Völkern ebenfalls bekannt ist. Und wir können unmöglich schweigend zusehen, wie die polnischen Behörden, 25 Jahre nachdem die Gaskammern von Auschwitz gesprengt worden sind, die wenigen überlebenden Juden aus ihrem Land unter unwürdigen Umständen nur deswegen vertreiben, weil sie eben jüdischer Abstammung sind.

Daß gerade in diesem Land, in dem die schrecklichsten nationalsozialistischen Vernichtungslager lagen, aus dem die meisten Juden deportiert und ermordet worden sind, das also den mörderischen Wahn des Rassenhasses so deutlich wie kein anderes kennengelernt hat, gegenwärtig antisemitische Maßnahmen getroffen werden, erschreckt uns alle zutiefst.

Am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz und im Namen der Millionen, die dort von unserer Seite weg in den Tod getrieben worden sind, erheben wir unsere Stimme dagegen, daß heute Juden — unter ihnen auch Überlebende von Auschwitz — aus Polen verjagt werden. Das ist eine Schande für die polnischen Behörden. Gleichzeitig grüßen wir alle Freunde aus der Lagerzeit, die in Polen oder in anderen Ländern leben, in denen es nicht gestattet ist, gegen diese schändliche Vertreibung zu protestieren. Wir warnen aber davor, das ganze polnische Volk für diese empörenden und beschämenden Maßnahmen verantwortlich zu machen.

Diesen Appell glauben wir, den Opfern von Auschwitz schuldig zu sein.

Das Manifest trägt die Unterschriften von folgenden 44 Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz:

Dr. Lucie Adelsberger (USA)
Dr. H. G. Adler (Großbritannien)
Jean Améry (Belgien)
Marc Anisfeld (Belgien)
Prof. Jehuda Bacon (Israel)
Dr. Aliana Brewda (Großbritannien)
Henri Bulawko (Frankreich)
Pesach Burstein (Israel)
Dr. Elie A. Cohen (Niederlande)
Louis Coppée (Belgien)
Dr. Leo Cuenca (Schweiz)
Dr. Franz Danimann (Österreich)
Prof. Leo Eitinger (Norwegen)
Otto H. Frank (Schweiz)
Heinz Galinski (Deutschland)

Israel Gutman (Israel)
Dr. Adelaide Hautval (Frankreich)
Dr. Nadine Hefler (Frankreich)
Jeanne Juda (Luxemburg)
Raya Kagan (Israel)
Julian Korman (Frankreich)
Thomas Kosta (Deutschland)
Erich Kulka (Israel)
Otto Dov Kulka (Israel)
Simon Laks (Frankreich)
Hermann Langbein (Österreich)
Dr. André Lettich (Frankreich)
Dr. Primo Levi (Italien)
DDr. Ella Lingens (Österreich)
Albert Menache (USA)

Dr. L. Moscovici (Frankreich)
Dov Paisikovic (Israel)
Maurice Pioro (Belgien)
Dr. M. J. E. M. Steijns (Niederlande)
Abraham Tamir (Israel)
Dr. Albert Vogel (Frankreich)
Prof. Rudolf Vrba (Kanada)
Dounia Wasserstrom (Mexiko)
Prof. Georges Wellers (Frankreich)
Dr. Eduard de Wind (Niederlande)
Dr. Otto Wolken (Österreich)
Joseph Wulf (Deutschland)
Alex Wullinger (Belgien)
Szymon Zajdow (Australien)

Episode in harten Zeiten*

Meine Erlebnisse im Februar 1934

Als ich wieder zu Bewußtsein kam, lag ich in meiner Zelle auf der Holzpritsche und war steifgefroren, da man mich mit einem Kübel Wasser angeschüttet hatte, damit ich wieder zu mir käme. Ich war außerdem voller Blutkrusten. Aber jetzt war ich nicht mehr allein in meiner Zelle, sondern ein Schutzbündler vom Laaer Berg war bei mir. Er sonderte mich etwas ab und beschrieb mir, wie ich aussah.

Um 4 Uhr früh holte man mich neuerdings, um einige Namen und Einzelheiten aus mir herauszuholen. Aber ich war nun einmal hart und blieb dabei; nach einigen Ohrfeigen wurde ich wieder abgeführt.

In der Zwischenzeit spielte sich draußen folgendes ab: Als ich abends nicht zu meinen Schwiegereitern kam, diese aber meiner Frau — in der Meinung, daß ich wieder nach Hause kommen werde — von meiner Verhaftung nichts sagen wollten, wurde sie unruhig und begann zu fragen, wo ich überhaupt sei. An den Mienen aber erkannte sie bereits, daß sich etwas abgespielt haben mußte. Selbstverständlich ging ihr erster Weg in die Götzgasse. Dort wurde ihr und meinem Schwiegervater erklärt, daß ich bereits um 4 Uhr nachmittags gehängt worden sei! Verständlich, daß die Frau die ganze Nacht keine Auge geschlossen hatte und am nächsten Tag frühmorgens bereits wieder dort war. Da sagte ihr ein anderer Polizist, daß ich um 10 Uhr im Landesgericht gehängt würde. Einige Genossen trösteten meine Frau, daß derartige Gerüchte nicht wahr seien und ich bei einer Gelegenheit bestimmt ein Lebenszeichen geben würde. Am 16. Februar wurde ich am späten Nachmittag in die Roßauer Lände überstellt und dort, wie üblich, aller Schnürriemen und Bänder entledigt, mit den Worten „Galgenfutter“ in eine Zelle gesteckt, in der sich bereits 40 Männer befanden — zum Glück alles Schutzbündler aus anderen Bezirken. Es war auch dort fürwahr kein Honiglecken, da wir auf dem Betonboden ohne Decken schlafen mußten und die Verhöre pausenlos die ganze Nacht andauerten. Aber wenigstens gab es das erste Stückel Brot und eine warme Suppe. Um halb zwölf Uhr ging es bereits wieder zum ersten Verhör. Dort wurden mir wieder Namen vorgelesen und Dinge vorgehalten vom Kampf um den Quellenhof; aber ich leugnete weiter. Von wo ich Sch. und H. kenne, vom Schutzbund oder vom Schachklub, und ob ich sie nicht im Quellenhof gesehen hätte. Nein und abermals nein. Ich sollte ihnen auch Waffen und Munition gegeben haben, nein! Sieben solche Verhöre hatte ich dort über mich ergehen lassen, und keine Prügel brachten mich zu weiteren Worten, die diese Herren gern wissen wollten. Ein blonder Kärntner Zivilbeamter tat sich dabei besonders hervor; bei jeder Einvernahme spielte er mit einer vernickelten Stahlrute, die ich mehrmals auch zu spüren bekam.

Eine Episode, die unsere Stimmung im dortigen Haus kennzeichnete, sei noch erwähnt! Zu unserer Bewachung waren die 5-Schilling-Manderln aufgeboden worden, und diese Bürscherln wußten vor Langeweile nicht, wie sie das Gewehr tragen sollten. Vor dem Schlafengehen wurden die Zellen, eine nach der anderen, ausgekehrt, so kam auch unsere daran, und alles mußte zwecks leichter Reinigung der Zellen auf den Gang hinaus. Wir verstrickten so ein Manderl in ein Gespräch, und bei dieser Gelegenheit war es mir möglich, die Sperrklappe seines Gewehres unbemerkt zu öffnen. Kaum waren wir in unserer Zelle, als es schon krachte, und am nächsten Morgen sahen wir das Loch im Plafond.

Nach einigen weiteren Verhören wurde ich in das Landesgericht überstellt. Dort gab es Brot, Schmalz und allerlei Dinge zu kaufen, und wir harnten der kommenden Dinge zu dritt in einer Einzelzelle. Aber sie war geheizt, und es gab Strohsäcke und Decken. Der Untersuchungsrichter war ein wesentlich feinerer Mensch, und wir durften bereits nach Hause schreiben. Er hielt mir zwar wieder Einzelheiten vor, die Genosse Sch. zu Protokoll gegeben hatte, aber ich blieb auch dort bei meinem starren Nein.

Ich erhielt hier auch den ersten Besuch meiner Frau, und jetzt konnte sie es sich erklären, warum die Polizei sie nicht zu mir gelassen hatte. Ich sah noch ganz zerschlagen aus und

konnte kaum den Mund öffnen; der Untersuchungsrichter hatte sich neben mir postiert und hoffte wahrscheinlich, etwas von mir zu erfahren; aber es kam nicht ein verdächtiges Wort über meine Lippen. Meine Frau weinte die ganzen zehn Minuten, und beim Abschied konnten wir nur die Hände an das Gitter drücken. Dieser erste Besuch war sehr schwer für mich. Erst der zweite und dritte Besuch wurden leichter, denn da konnte ich ziemlich ungestört mit meiner Frau flüstern. Bei einem solchen Besuch erfuhr ich auch, daß Genosse M., als er von meiner Verhaftung erfuhr, erklärte, daß sie jetzt auch den Verräter erwischt haben und er nun stündlich mit seiner Verhaftung rechne.

Am einem Besuchstag, als wir keine Bewachung mehr hatten, kamen viele Genossen in die Besuchszelle und begrüßten mich, allerdings nur durch Händedruck an das feinmaschige Gitter; aber es war eine erhebende Freude, zu wissen, daß noch so viele gute Genossen in Freiheit waren und sich um meine Frau sorgten. Ein solches Erlebnis läßt sich nicht beschreiben!

Später kamen wir in größere Zellen mit 20 bis 25 Insassen, und da konnten wir schon Kassiber an den Mann bringen und manches in Erfahrung bringen, was uns allen bei den nächsten Einvernahmen geholfen hat.

So kam es zum 27. April, dem Beginn unserer Schwurgerichtsverhandlung. Mit acht Monaten schwerem, verschärfem Kerker kam ich davon. Ich hörte nur einen dumpfen Fall. Es war meine Frau, als sie das Urteil vernahm. Ich wurde zur Verbüßung meiner Strafe in das Bezirksgericht Margareten überführt und arbeitete dort als Maschinenschreiber in einer eigenen Zelle. Nach meiner Entlassung wurde ich dem Polizeigeängnis zurückgestellt, wo man mir erklärte, daß ich nun auf drei Monate ins Anhaltelager käme, weil die Gefahr einer illegalen Betätigung bestünde.

Am 20. Dezember wurden wir aber endlich „begnadigt“ und mit vielen Ermahnungen und nach Abgabe von einigen Unterschriften vor das Lager gestellt und unserem Schicksal überlassen. Jeder mußte auf seine Art trachten, irgendwie nach Wiener Neustadt zur Bahn zu gelangen. Nach unserer Ankunft in Wien gab es allerdings eine neue Überraschung, denn wir mußten uns in der ersten Zeit täglich im Polizeikommissariat melden — erst später zweimal wöchentlich.

Auch das ging vorbei, und gleich die ersten Wochen nach unserer Heimkehr konnten wir wieder Verbindung aufnehmen.

„Bildung“ und Bildungsprogramme

Mehr Bildung für die Gesellschaft von morgen! In dem Schulprogramm der SPÖ, das im vergangenen Jahr im Rahmen der Alternativen zur Politik der ÖVP-Regierung beschlossen worden ist, hat die Sozialistische Partei der Öffentlichkeit auch ein Erwachsenenbildungsprogramm und ein Hochschulkonzept vorgelegt. Wir haben gesagt, daß Bildung die Grundlage für das persönliche Glück des einzelnen ist, daß sie zugleich aber auch eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung aller Kulturbereiche darstellt. Die Gesellschaft hat daher alle Anstrengungen zu unternehmen, um die optimale Bildung des einzelnen zu gewährleisten.

Die Sozialisten haben dem Bildungsprozeß schon immer große Bedeutung zuerkannt. Und so stellen die neuen Konzepte einen Rahmenplan mit klaren Zielen dar, der auf der Erkenntnis beruht, daß der rasche wirtschaftliche Fortschritt und der ständige Wandel der Lebensbedingungen eine stete Anpassung des gesamten Schul- und Bildungswesens an die jeweils veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erforderlich macht.

Die Alternativprogramme unserer Partei, die es zu verwirklichen gilt, sind schon vor dem 1. März in zahllosen Diskussionen und Arbeitsgemeinschaften einer weiten Öffentlichkeit bekanntgeworden. Es wird nun nach dem Wahlsieg vom 1. März 1970 erst recht notwendig sein, sich mit den umfassenden Konzepten um so eingehender zu beschäftigen, weil nur so die schrittweise Realisierung der großen Ziele möglich sein wird.

Das Bundesministerium für Unterricht hat schon seinerzeit

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1/2, Jänner/Februar 1970, Seite 6.

Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs

25 Jahre Befreiung Österreichs

Gedenkstunde am Mittwoch, dem 29. April 1970, um 19 Uhr im Großen Konzerthausaal. Bundespräsident Franz Jonas hat seine Teilnahme zugesagt und wird eine Ansprache halten.

auf Grund eines Abkommens der Regierung mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Bericht „Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum 1965 bis 1970“ ausgearbeitet, der bestätigt hat, daß die Ziele der sozialistischen Programme nicht nur richtig sind, sondern vielmehr eine dringende Notwendigkeit darstellen, damit eine echte Katastrophe auf dem Bildungswesen verhindert werden kann.

Es ist daher für alle Genossinnen und Genossen, die sich an den Diskussionen um die Schulungs- und Erziehungsprogramme der Partei beteiligen und an ihrer Verwirklichung mitarbeiten, von besonderem Interesse, daß das Bundesministerium für Unterricht vor einiger Zeit unter dem Titel „Bildung“ einen Bildungsbericht 1965 bis 1969 in Taschenbuchformat veröffentlicht hat, der einen Überblick über die Situation im Arbeitsbereich des Unterrichtsministeriums gibt. Wie aus dem Vorwort zu diesem Taschenbuch, das auch im Buchhandel erhältlich ist, hervorgeht, soll dieser Bericht ab 1971 jährlich erscheinen, und es ist anzunehmen, daß auf diese Weise der interessierten Öffentlichkeit eine laufende Kontrolle über die Fortschritte auf allen Gebieten der Bildung und Forschung gegeben werden kann. Insbesondere werden die in dem Bildungsbericht 1969 enthaltenen Diagramme sehr viel dazu beitragen, einen objektiven Überblick über das Geschehen auch in den kommenden Jahren zu geben, so daß am Ende der jetzt beginnenden neuen Legislaturperiode für jedermann ganz klar ersichtlich sein wird, was die neue Bundesregierung unter einem sozialistischen Bundeskanzler geleistet hat. Es wird dadurch auch nicht mehr vorkommen, daß ein so wichtiges Gebiet wie die Bildung in allen Altersstufen nur fallweise und daher oft nicht mit der notwendigen Gründlichkeit öffentlich diskutiert wird. Denn unser gesamtes Bildungswesen muß organisch eine in sich geschlossene Einheit bilden, damit wir alle Aufgaben erfüllen können, die nun vor uns liegen. Wir haben nicht nur ein Schulprogramm, sondern auch ein eigenes Hochschulkonzept und ein Erwachsenenbildungsprogramm vorgelegt und uns überdies die Verwirklichung dieser Programme zum Ziel gesetzt, die von der Vorschulziehung bis zur Erwachsenenbildung alle erfassen wollen.

Und in diesem Sinne ist der jetzt vorliegende Bildungsbericht — es ist der zweite Bildungsbericht, den das Unterrichtsministerium bis jetzt herausgegeben hat — ein sehr begrüßenswerter Diskussionsbeitrag.

Verbilligte Kuraufenthalte in Marienbad

Der Verband der antifaschistischen Kämpfer in der CSSR könnte in diesem Sommer eine Anzahl von Erholungsaufenthalten in Marienbad (Mariánské Lázně) für unsere Genossinnen und Genossen zu einem bedeutend ermäßigten Preis zur Verfügung stellen, und hat uns eingeladen, entsprechende Nennungen zu machen. In Marienbad besteht außerdem die Möglichkeit, eine kurze Kur zu genießen, da in der Stadt viele ehemalige Mauthausener Häftlinge Mandatäre oder Funktionäre sind. Wir haben diese Einladung gern angenommen.

Für den Aufenthalt in Marienbad kommt der Monat Juli in Frage, und zwar vom 6. Juli bis 19. Juli 1970 und vom 19. Juli bis 1. August 1970. Die Unterbringung erfolgt im Hotel Europa in Mariánské Lázně.

Die Kosten betragen für jeden Zeitraum 1200 S pro Person und umfassen die Unterkunft, drei Mahlzeiten täglich und die Kurtaxe.

Da wir bereits eine Anzahl von Meldungen haben, möchten wir noch bekanntgeben, daß für den ersten Turnus nur noch sechs Plätze zur Verfügung stehen, während für den zweiten Turnus, vom 19. Juli bis 1. August, noch 38 Meldungen möglich sind.

Wir bitten daher jene Genossinnen und Genossen, die sich zu diesem Aufenthalt in Marienbad entschließen, sich so rasch als möglich bei uns zu melden, weil wir die Anmeldungen nach der Reihenfolge ihres Einlangens berücksichtigen.

Freundschaft mit Israel

30 Delegierte von Freundschaftsverbänden, die einen großen Querschnitt politischer Meinungen, religiöser Bekenntnisse, kultureller und sozialer Verhältnisse in Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Holland, Norwegen, dem Vereinigten Königreich und Schweden repräsentierten, trafen am 1. Februar 1970 in Kopenhagen zusammen, um Meinungen und Erfahrungen zu den gemeinsamen Tätigkeiten und Problemen auszutauschen. Dabei wurde die Bedeutung einer noch engeren Zusammenarbeit der israelischen Freundschaftsverbände in Europa betont und unter anderem beschlossen, gemeinsam die folgenden Punkte besonders zu fördern.

- Studienreisen für verschiedene Berufsgruppen und Organisationen zusammenstellen; für Akademiker, Lehrer, Journalisten, Politiker, Studenten und Gewerkschafter;
- Jugend- und Studentengruppen auf der Basis von Kibbuzarbeit und Studien an israelischen Universitäten ins Leben zu rufen;

- Informationsmaterial zu veröffentlichen, wobei die Initiative von den Freundschaftsverbänden der verschiedenen Länder ergriffen werden soll und das Material den Verhältnissen des betreffenden Landes gemäß ausgearbeitet und angepaßt werden soll;
 - den Fremdenverkehr nach Israel durch noch bessere Informationen über den Tourismus zu intensivieren;
 - junge israelische Politiker und Staatswissenschaftler aufzufordern, in Europa mit Politikern, Vertretern der Massenmedien und Studentenkörperschaften zusammenzutreffen.
- Die Konferenz beschloß auch, ein ständiges Komitee ins Leben zu rufen, das sich aus je einem Vertreter aller europäischen Freundschaftsverbände zusammensetzt, um so einen ständigen Kontakt aufrechtzuerhalten.



Hinweise für Pensionisten

Rundfunk- und Fernsehgebühr

Unabhängig vom Einkommen werden von der Entrichtung der Rundfunkgebühr Blinde und Hilflose dauernd befreit, Hilflose auch von der Zahlung der Fernsehgebühr. Eine vorübergehende Befreiung von der Entrichtung der Rundfunk- und Fernsehgebühr ist möglich, wenn das Monatseinkommen einer Person 1242 Schilling, zweier Personen 1724 Schilling nicht übersteigt. Diverse Beihilfen werden auf das Einkommen nicht angerechnet, der Mietzins wird vom Einkommen abgezogen. Alle Ausgleichszulagenempfänger und die Bezieher nicht wesentlich höherer Pensionen sowie sämtliche Empfänger von Hilflosenzuschüssen sollten unbedingt die Befreiung von der Rundfunk- und Fernsehgebühr beantragen. Anträge mit Unterlagen sind beim zuständigen Postamt einzubringen.

Hilflosenzuschuß

Wenn ein Pensionist derart hilflos ist, daß er ständig Wartung und Hilfe braucht, bekommt er auf Antrag einen Hilflosenzuschuß. Chronisch kranke und hochbetagte Pensionisten und Rentner sollten daher bei der Versicherungsanstalt, von der sie ihre Leistung beziehen, mit einem einfachen Schreiben die Gewährung des Hilflosenzuschusses beantragen.

Fürsorgerenten

Durch den Ausbau der Sozialversicherung ging die Zahl der Bezieher von Leistungen aus der öffentlichen Fürsorge wesentlich zurück. Dennoch ist sicherzustellen, daß auch jenen alten und arbeitsunfähigen Staatsbürgern die Existenz gewährleistet ist, die keinen Anspruch auf eine Leistung aus der Sozialversicherung besitzen.

Die Sozialreferenten widmen den Fürsorgerentnern ihr besonderes Augenmerk; sie sorgen dafür, daß die Fürsorgerenten jedes Jahr den wirtschaftlichen Veränderungen angepaßt werden.

Unterstützungen

Bei allen Sozialversicherungsinstituten (Pensionsversicherungsanstalten, Krankenkassen und Unfallversicherungsanstalten) bestehen Unterstützungsfonds. In berücksichtigungswürdigen Fällen, wie etwa bei unverschuldeter Notlage, außerordentlichen Ausgaben und ähnlichen Anlässen, kann beim zuständigen Sozialversicherungsinstitut die Gewährung einer einmaligen Unterstützung beantragt werden.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Paul Höbener (Dortmund), Karl Mach, Rudolfine Muhr, Rudolf Trimmel.

Aus dem Wiener Landesverband

Wilhelmine Moik hat uns verlassen

Am 24. Jänner 1970 mußten wir von unserer Genossin und Kampfgefährtin Wilhelmine Moik Abschied nehmen. Ein reiches Leben, ein Leben voll Arbeit ist erloschen. Viele Freunde und Leidensgefährten hatten sich im Krematorium eingefunden, um an der Trauerfeier teilzunehmen.

Schon in frühen Jahren hat Wilhelmine den Weg zur Sozialdemokratischen Partei gefunden, und in jungen Jahren wurde sie bereits in wichtige Funktionen berufen. Im Bund Freier Gewerkschaften setzte sie sich als Frauensekretärin wirksam für die Gleichberechtigung und die wirtschaftlichen Rechte der Frauen ein. Ihr Heimatbezirk Ottakring entsandte sie 1932 in den Wiener Gemeinderat, dem sie bis zum Februar 1934 angehörte. Genosse Felix Slavik hatte recht, als er sagte: „Wir haben sie als eine zarte Frau in Erinnerung — aber wir alle wissen auch sehr genau, wie zäh sie in der Vertretung der arbeitenden Menschen, besonders der berufstätigen Frauen gewesen war!“

Wilhelmine hat 1934 die Bewährungsprobe bestanden. Nach ihrer Entlassung aus der Haft begann sie in der Untergrundbewegung der Revolutionären Sozialisten ihre illegale Tätigkeit. Sie übernahm als Leiterin der Sozialistischen Arbeiterhilfe die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Angehörigen von Inhaftierten regelmäßig die für den Lebensunterhalt notwendige Unterstützung erhielten. Es war eine beachtliche Leistung, die sie mit ihren Mitarbeiterinnen vollbrachte. Keiner wurde vergessen, bald nach der Verhaftung eines „Illegalen“ klopfte an die Tür der Familie eine Mitarbeiterin der SAH und brachte nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine große moralische Unterstützung.

Im Jahr 1937 zum zweiten Male verhaftet und wegen Hochverrats in Untersuchung gezogen, ging sie im Februar 1938 mit allen Mitangeklagten frei — der Prozeß wurde niedergeschlagen. Im Juli 1938 wurde sie aber neuerlich — diesmal von der Gestapo — verhaftet, und sie stand 1939 mit ihren Mitangeklagten im ersten Volksgerichtsprozeß in Österreich vor den „Richtern“ in den roten Talaren. Sie wurde zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil ihr die Solidarität höher stand als ihre Freiheit. Aus dem Zuchthaus ist sie heimgekommen. 1945 nach dem Ende des 2. Weltkrieges und der Naziherrschaft hat sie zum Wiederaufbau der Partei und der Gewerkschaften ihren Beitrag geleistet.

Auch Genosse Anton Benya schilderte das Wirken Wilhelmine Moiks und dankte ihr im Namen der sozialistischen Gewerkschafter. Vom Bund der Sozialistischen Freiheitskämpfer waren unsere Genossinnen Rosa Jochmann und Frieda Nödl gekommen, die sich namens auch der Sozialistischen Frauen von der Verstorbenen verabschiedeten und ihr die letzten Grüße unseres Bundes überbrachten.

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer hatte für den gleichen Tag eine schon seit langem geplante und vorbereitete Arbeitstagung in das Favoritner Arbeiterheim einberufen, und es war daher nicht möglich, eine große Delegation des Bundes in das Krematorium zu entsenden. Aber zu dem gleichen Zeitpunkt, zu dem die große Trauergemeinde von Wilhelmine Moik letzten Abschied nahm, unterbrachen die Genossinnen und Genossen die Arbeit auf unserer Tagung für eine Trauerminute, in der sie der Genossin Moik gedachten, und nahmen in Gedanken an der Trauerkundgebung im Krematorium teil.

Noch waren die Arbeiten unserer Arbeitstagung in vollem Gange, als die Genossinnen Rosa Jochmann und

Frieda Nödl von den Trauerfeierlichkeiten im Wiener Krematorium zurückkehrten und in bewegten Worten einen ergreifenden Bericht über den Verlauf der Kundgebung gaben. Wir werden Wilhelmine Moik stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren. Niemals vergessen!

Die Bezirke berichten:

Wieden

Mitgliederversammlung. Am 7. Februar 1970 hielten wir eine Mitgliederversammlung in unserem Parteihaus ab, die sehr gut besucht war. Bezirksobmann Genosse Franz Marksitz begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder — besonders den Referenten Genossen Manfred Ackermann vom Bundesvorstand.

Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gedachten die Genossen in einer Trauerminute unseres unvergessenen Genossen Gottfried Albrecht, der im letzten Monat des Jahres 1969 von uns gegangen ist.

Dann kam Genosse Marksitz zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Was können wir aus der Geschichte lernen?“, und er bat Genossen Ackermann, mit seinem Referat zu beginnen.

Genosse Ackermann überbrachte zuerst die Grüße des Bundesvorstandes und der Genossin Rosa Jochmann. In seinem Referat sagte Genosse Ackermann unter anderem, es würde von vielen Leuten behauptet, daß man Geschichte vergessen soll. Und alte Wunden solle man nicht aufreißen. Die Jugend sollte man nicht in die Politik hineinzerren und sie nicht immer an die Verbrechen erinnern, die in der Vergangenheit begangen worden sind. „Ich dagegen predige immer wieder, sich ja nicht irreführen zu lassen, denn man kann und muß aus der Geschichte lernen“, schloß der Redner.

Genosse Marksitz dankte dem Genossen Ackermann für sein überaus interessantes Referat, dem auch die Genossinnen und Genossen durch ihren Beifall zustimmten.

Dann folgte das Referat des Genossen Paul Bernstein, das so aufschlußreich war, daß keine Anfragen gestellt wurden. Die Versammlung ging mit einem „Freundschaft!“ zu Ende.

Favoriten

Jahresversammlung. In der am 13. Februar 1970 abgehaltenen Jahresversammlung wurden die folgenden Genossen in den Bezirksausschuß gewählt:

- | | |
|-------------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Hans Schiller |
| 2. Obmann: | Genosse Karl Milota |
| 1. Schriftführer: | Genosse Karl Prihoda |
| 2. Schriftführer: | Genossin Eugenie Nentwich |
| 1. Kassier: | Genosse Hans Schulz |
| 2. Kassier: | Genossin Lia Platzer |
| Karteiführung: | Genosse Karl Mach |
| Opferreferent: | Genosse Hans Grassl |
| Kontrolle: | Die Genossen Leopold Janda und Josef Schäuckl |
| Beisitzer: | Die Genossinnen Stefanie Koci, Viktoria Pichler, Maria Schleicher, Anna Zahradnik sowie die Genossen Helmut Eder, Kurt Polednik, Bargil Menahem, Franz Falkenburger, Friedrich Hegmala, Rudolf Jawurek, Alois Lampoldt, Josef Pabst, Adolf Toufar und Karl Zwerschitz |

Alle Genossinnen und Genossen wurden einstimmig gewählt. Der neugewählte Obmann, Genosse Schiller, dankte für das Vertrauen und versicherte, daß der Ausschuß so wie bisher alle Kraft einsetzen wird, um auch weiter den vielfältigen Aufgaben bestens gerecht zu werden, die uns bevorstehen.

Bevor Genosse Schiller entsprechend der Tagesordnung den umfangreichen Bericht über das abgelaufene Jahr erstattet hatte, gedachte er der verstorbenen Mitglieder der Bezirksgruppe Favoriten. Es waren dies die Genossin Leopoldine Tögl sowie die Genossen Gottfried Albrecht, Friedrich Bohac, Robert Döller, Johann Hatzl, Johann Hodec, Adalbert Hlawatschek, Franz Portele, Isidor Stern und Wilhelm Trnka. Für die Genossen Albrecht, Bohac und Döller, die sich als langjährige Funktionäre in der Partei, aber auch als aktive Mitarbeiter in der Bezirksgruppe besonders bewährt hatten, fand Genosse Schiller herzliche Worte des Abschieds, indem er sagte, sie mögen als Vorbild für jene jungen Genossen dienen, die nun als unterstützende Mitglieder bei uns mitarbeiten. Sie sollen die Lücken schließen, die uns auch im vergangenen Jahr wieder durch den Tod gerissen worden sind.

Die Jahresversammlung wurde mit einem Lichtbildvortrag abgeschlossen, der an Stelle eines Referates in die Tagesordnung aufgenommen worden war. Genosse Leopold Swoboda führte den von ihm vorbereiteten Vortrag über unsere Hollandreise vor und zeigte zahlreiche prächtige Farbdias, die er selbst aufgenommen hatte. Die erläuternden Worte sprach seine Frau, die bei allen jenen Genossen, die sich an der Fahrt beteiligt hatten, viele Erinnerungen wach werden ließen, und jenen unserer Mitglieder, die an der Fahrt zum Anne-Frank-Haus in Amsterdam damals nicht teilnehmen konnten, einen tiefen Eindruck von unserer Reise vermittelten. Nach dem Vortrag, der großen Beifall erhielt, wurde der allgemeine Wunsch laut, auch in diesem Jahr wieder eine gemeinsame Reise zu veranstalten. Dann dankte Genosse Schiller nochmals allen Genossinnen und Genossen und schloß die Jahresversammlung mit einem herzlichen „Freundschaft!“



Fünfhaus

Josef Müller 80 Jahre! Im Jahre 1907 trat Genosse Josef Müller der Sozialdemokratischen Partei bei, und drei Jahre später wurde er bereits der eifrige Mitarbeiter, der er bis heute geblieben ist. Bis 1934 war er Bezirksrat und Sektionsleiter in Wien-Fünfhaus.

Nach dem Verbot der Partei betätigte er sich bei den illegalen Revolutionären Sozialisten. Im Jahre 1939 mußte er in die Emigration gehen — hier war er der Nachfolger von Karl Hans Sailer als Kassier des Matteotti-Komitees. Nach seiner Rückkehr im Jahre 1947 wurde er wieder zum Mitglied des Bezirksvorstandes und Bezirkskassier gewählt. Er ist stolzer Besitzer des Goldenen Parteiabzeichens und des Goldenen Ehrenabzeichens der „Naturfreunde“ sowie des Goldenen Gewerkschaftsabzeichens. Mit der Victor-Adler-Plakette wurde er schon vor längerer Zeit ausgezeichnet.

Am 2. März 1970 feierte unser Genosse Müller seinen 80. Geburtstag, zu dem ihm alle seine Freunde und Mitarbeiter herzlichst gratulieren. „Freundschaft!“, lieber Pepi und allerbeste Gesundheit!

Döbling

Jahresversammlung. Am 3. Februar 1970 tagte die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe im „Haus der Begegnung“, Wien 19, Gatterburggasse 2a.

Unser Bezirksobmann Genosse Johann Haas begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, besonders den Referenten Robert Blau und den Bezirksobmann der Bezirksorganisation Döbling, Genossen Karl Mark. Infolge anderweitiger Verpflichtung verhindert, ersuchte Genosse Haas den Genossen Mark, die Jahresversammlung namens des Bezirksvorstandes zu begrüßen.

Genosse Mark begrüßte die Versammlung im Namen der SPÖ Döbling und dankte dafür, daß die Sozialistischen Freiheitskämpfer niemals zögern, ihre Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen. Besonders gedachte Genosse Mark des 12. Februar 1934 und der Kämpfer, die sich gegen den Anschlag der Austrofaschisten zur Wehr gesetzt hatten.

Obmann Genosse Haas gedachte der verstorbenen Genossinnen Leopoldine Filswieser, Antonie Wenzl und Marie Zaunstöck, sowie der Genossen Karl Friedl, Georg Denk, Rupert König, Ignaz Kohn und Dr. Pollnauer; stehend gedachte die Versammlung der dahingegangenen Kampfgefährten.

Nachdem die Jahresversammlung auf die Verlesung des vorjährigen Protokolls verzichtet hatte, ließ Genosse Haas über die Tagesordnung abstimmen, die einhellig genehmigt wurde. Nach der Wahl des Wahlkomitees, in welches die Genossin Friederike Müller sowie die Genossen Josef Deim und Friedrich Fischer gewählt wurden, erstattete Genosse Haas den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr. Aus dem umfangreichen Bericht seien die Kranzniederlegungen bei der Gedenktafel im Karl-Marx-Hof und in den nach Viktor Klose, Ernst Rebec und Emil Svoboda benannten Gemeindebauten, sowie der Pilgerfahrt nach Amsterdam, das Freundschaftstreffen mit den niederösterreichischen Genossen in Horn, die vier Vortragsabende mit unseren jungen Genossen über den deutschen und österreichischen Faschismus und den Bürgerkrieg in Spanien genannt, bei denen die Genossen Manfred Ackermann, Josef Hindels und Dr. Schneeweis die Referate hielten.

Nach dem Bericht des Obmannes ergriff Genosse Ernst Nemschitz als Kassier das Wort und berichtete über Einnahmen und Ausgaben der Bezirksgruppe. Genosse Gottfried Kupka berichtete für die Kontrolle und betonte, daß die Bücher, die Belege und die Kassa in bester Ordnung befunden wurden; er stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde von der Jahresversammlung einstimmig angenommen.

Anschließend brachte Genosse Josef Deim als Obmann des Wahlkomitees die Vorschläge für den neuen Ausschuß. Es wurden nachstehende Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt:

1. Obmann:	Genosse Johann Haas
2. Obmann:	Genossin Grete Ruthner
1. Kassier:	Genosse Ernst Nemschitz
2. Kassier:	Genossin Anna Zachata
1. Schriftführer:	Genosse Rudolf Cervenk
2. Schriftführer:	Genosse Peter Seda
Opferfürsorgereferent:	Genosse Johann Haas
Delegierter zum Bezirksausschuß:	Genosse Johann Haas
Kontrolle:	Die Genossen Gottfried Kupka und Friedrich Pfündl

Genosse Johann Haas dankte für das Vertrauen, das ihm durch die Wiederwahl entgegengebracht worden war, und versicherte, daß er sich so wie bisher bemühen werde, seine ganze Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einzusetzen. Er schloß mit der Bitte, ihn bei seiner Arbeit recht tatkräftig zu unterstützen.

Dann bat Genosse Haas den Referenten Robert Blau um sein Referat über die 20. und 21. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, welches mit 1. Jänner 1970 in Kraft getreten ist. Er erläuterte die Entschuldigungsansprüche und die vollständige rechtliche Gleichstellung der Lebensgefährten mit der Witwe nach einem Opfer. Dies bedeutet, daß die Lebensgefährtin nunmehr Anspruch auf Entschädigung hat, sofern eine Einkommenschädigung vorliegt. Sollte eine dauernde 42-Monate-Entschädigung nicht erreicht werden, dann bleibt der Lebensgefährtin die Möglichkeit offen, einen Antrag auf Härteausgleich einzubringen. Eine weitere Verbesserung der 20. Novelle ist der Anspruch auf Ausstellung eines Opferausweises für Personen, die zwangsweise in die Emigration gehen mußten, wenn diese mindestens 42 Monate dauerte.

Genosse Blau erwähnte auch die Tatsache, daß bei aller Wertschätzung der Freiheitskämpfer, die früher einmal sehr groß war, heute oft auf diese Menschen vergessen wird. Abschließend betonte Genosse Blau, daß die Freiheitskämpfer heute genau so wichtig sind wie in vergangenen Zeiten. Die Zeiten ändern sich zwar, die Aufgaben aber sind geblieben. Die Freiheitskämpfer sind das Bollwerk der Demokratie.

Genosse Haas dankte dem Referenten und den Diskussionsbeteiligten für ihre Ausführungen. Mit dem „Lied der Arbeit“ wurde die Jahresversammlung um 21 Uhr beendet.

Floridsdorf

Jahresversammlung. Am 14. Februar 1970 hielt unsere Bezirksgruppe im Lokal der Sektion VII im Karl-Seitz-Hof, Wien 21, Jedleseer Straße 66–94, die diesjährige Jahresversammlung ab.

Zu Beginn sang der Frauenchor Floridsdorf unter der Leitung von Genossin Helene Schilcher vier Kampflieder, die mit starkem Beifall belohnt wurden.

Nach der Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder und des Referenten Genossen Trimmel sowie Genossen Leopold Wiesinger vom Bezirksvorstand, schlug der Vorsitzende Genosse Richard Groß folgende Tagesordnung vor:

1. Verlesung des Protokolls vom 1. Februar 1969
2. Berichte:
 - a) des Obmannes
 - b) des Kassiers
 - c) der Kontrolle
3. Wahl des provisorischen Wahlkomitees
4. Referat des Genossen Leopold Wiesinger
5. Neuwahlen
6. Referat des Genossen Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel
7. Allfälliges

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Genossin Juliane Pokoj verlas dann das Protokoll vom 1. Februar 1969, das ebenfalls einstimmig zur Kenntnis genommen wurde.

Bevor in die Tagesordnung eingegangen wurde, gedachten wir all jener Genossinnen und Genossen, die im Berichtsjahr verstorben waren: Antonie Dworak, Marie Gross, Josefine Tuschl, Anna Woletz, Stefan Ascherl, Josef Brazdovics, Peter Cermak, Josef Kohl, Alois Köhler, Josef Mic, Franz Pichler und Arnold Schweitzer. Wir werden sie „Niemals vergessen!“

Nach den Berichten des Obmanns und des Kassiers, welche zustimmend zur Kenntnis genommen wurden, folgte der Bericht der Kontrolle.

Der Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Für das Wahlkomitee wurden dann die Genossen Rudolf Appel, Karl Gruber und Karl Trattng vorgeschlagen und vom Plenum bestätigt.

Das Referat des Genossen Gemeinderat Leopold Wiesinger über die politische Lage und die kommenden Nationalratswahlen, brachte unter anderem auch recht interessante Zukunftsaspekte und schloß mit dem eindringlichen Appell, alles daranzusetzen, damit die Sozialisten stärker denn je im neuen Nationalrat vertreten sind, um zum Wohle aller ihre Arbeit fortführen können. Herzlicher Beifall dankte dem Referenten für seine Ausführungen.

Dann erstattete der Obmann des Wahlkomitees, Genosse Karl Gruber, den folgenden Wahlvorschlag:

1. Obmann:	Genosse Viktor Marsal
2. Obmann:	Genosse Richard Groß
1. Kassier:	Genosse Karl Bübl
2. Kassier:	Genosse Johann Meidlinger
1. Schriftführer:	Genossin Juliane Pokoj
2. Schriftführer:	Genossin Rosa Mair
Beisitzer:	Die Genossen Josef Brunner und Karl Trattng
Kontrolle:	Die Genossin Barbara Berchtold sowie die Genossen Karl Gruber und Johann Simar

Außerdem wurden auch die 19 Sektionsdelegierten gewählt. Nach der Abstimmung dankte der neugewählte Obmann allen Mitarbeitern für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die vor uns liegenden großen Aufgaben, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Neuwahl des Nationalrates, wieder zur Zufriedenheit aller gelöst werden.

Dann folgte das sehr interessante Referat unseres Genossen Rudolf Trimmel. Er hatte sich den 12. Februar 1934 zum Thema gewählt, da unsere Jahresversammlung so wie jedes Jahr auch heuer wieder dem Gedenken an diesen Tag gewidmet war. Der Referent wies eindringlich darauf hin, daß es nunmehr eigentlich schon hoch an der Zeit wäre, mit der immer wieder auftauchenden Meinung Schluß zu machen, daß die Ereignisse jener Tage damals in Wirklichkeit gar nicht ein Angriff des Austrofaschismus auf die demokratischen Einrichtungen der Republik gewesen wären, sondern daß es eigentlich um eine tragische Auseinandersetzung gegangen wäre, an der „beide Seiten“ mitschuldig wären. „Diese Thesen“, sagte Genosse Trimmel, „sind in den letzten Jahren bei allen möglichen Gelegenheiten auch von unseren eigenen Genossen aus Opportunitätsgründen oder anderen Gründen immer wieder hochgespielt worden.“ Es hieße aber, unseren Aufgaben untreu werden, wenn nicht der Versuch gemacht würde, der Wahrheit möglichst auf den Grund zu kommen. Denn wie sollten unsere jüngeren Genossen wissen, was sich damals tatsächlich ereignet hat, wenn man einerseits versucht, die Dinge mit dem Schlagwort totzuschweigen, man müsse endlich „diese Vergangenheit bewältigen“, während auf der anderen Seite die aufrichtigen Bemühungen, der Wahrheit nahe zu kommen, durch solche Tendenzen, die von einer „Mitschuld“ reden möchten, in Frage gestellt werden. Genosse Trimmel brachte vor allem auch eine ganze Reihe von Dokumenten zur Ver-

lesung, die schon längst in Vergessenheit geraten zu sein schienen und vielleicht vielen von uns überhaupt unbekannt gewesen sind. Aber aus allen Schriftstücken, von denen wir hörten und die im vollen Wortlaut vorgelesen wurden, kam eindeutig die enge Verflechtung des grün-weißen Faschismus in Österreich mit Mussolini und Horthy zum Ausdruck.

An das Referat schloß sich eine lebhaft diskutierte, an der sich viele Genossinnen und Genossen beteiligten, die im Februar 1934 selbst aktiv gewesen sind, um Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Es wurde allgemein begrüßt, daß die historischen Tatsachen ins richtige Licht gesetzt wurden.

Dann dankte der Obmann unter großem Beifall der Versammlung für das ausführliche Referat und schloß die Jahreshauptversammlung — da zum Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ keine Wortmeldungen mehr vorlagen — mit dem „Lied der Arbeit“ und unserem Wahlspruch „Niemals vergessen!“

Es war bereits 20 Uhr geworden und alle anwesenden Genossinnen und Genossen blieben noch bei lebhaften Diskussionen beisammen.

Anschließend folgte dann noch ein gemütliches Beisammensein unter Mitwirkung des Frauenchors von Floridsdorf und des Schrammelterzets des Genossen Hans Wunsch. Die Darbietungen aller Mitwirkenden wurden mit viel Beifall bedacht.

*

Wir gratulieren. Unser Genosse Karl Gruber hat am 4. April 1970 seinen 70. Geburtstag gefeiert, und wir gratulieren ihm auf das herzlichste.

Unser Karl, der nirgends fehlt, wenn es gilt, seine Meinung zu sagen, und der immer dabei ist, wenn es um die Sache unserer sozialistischen Idee geht, hat diesen Tag in jugendlicher Frische gefeiert, und wir wünschen ihm alles Gute — und uns, daß er mit gleicher Tatkraft noch viele, viele Jahre in unserem Kreis mitarbeite. Freundschaft!

Aus den Landesorganisationen

Kärnten

Jahreshauptversammlung. Die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Kärnten des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus fand am Sonntag, dem 8. März 1970, in Klagenfurt statt.

Im Hause des ÖGB und der Arbeiterkammer in Klagenfurt begrüßte der Landesobmann Altlandeshauptmann Genosse Ferdinand Wedenig besonders den Vertreter des Bundesvorstandes, Genossen Robert Blau, und eine große Anzahl von Mitgliedern. Als Vertreterin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hieß er die Frauenreferentin Genossin Josefine Oschmalz willkommen. In das Wahlkomitee wurden die Genossen Schweinzer, Dkfm. Schleicher, Widder, Heizmann, Sablatnig und Walk gewählt.

Bei der Totenerhebung für 15 verstorbene Mitglieder wurde besonders der Genossen Heinrich Kolzler und Alex Turker gedacht.

Genosse Wedenig beschäftigte sich in seinem Bericht mit den politischen Ereignissen während der Berichtszeit seit März 1968. So erwähnte er vor allem das Auftreten der NDP in Österreich, die zwar erfreulicherweise bei den letzten Nationalratswahlen eine Abfuhr erlitten hat; aber es sei unverständlich, daß die Behörden noch immer eine „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ zulassen, die wüst gegen die demokratischen Einrichtungen in Österreich hetzt. Der „Prager Frühling“ in der benachbarten Tschechoslowakei, der uns mit Hoffnungen auf eine Demokratisierung der dortigen Verhältnisse erfüllte, ist im August 1968 mit Waffengewalt beendet worden. Genosse Wedenig bezeichnete den Ausgang der Kärntner Landtagswahl am 22. Februar 1970 und der Nationalratswahl am 1. März 1970 als stolze Erfolge unserer Parteibewegung, für die wir in kritischen Tagen eingetreten sind und gelitten haben. Wir sozialistische Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus können mit ruhigem Gewissen sagen, daß damit unsere Hoffnungen erfüllt wurden. Auch unsere Organisation hat durch die Aktivität ihrer Funktionäre und Mitglieder ihren bescheidenen Anteil daran gehabt. Wir möchten von unserer heutigen Jahresversammlung aus der Sozialistischen Partei Österreichs in Wien und auch der Landesparteileitung in Kärnten zum großartigen Ergebnis die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck bringen und dabei versichern, daß wir als Kämpfer für die Wiedererrichtung der Demokratie in Österreich darüber besonders erfreut sind. Diese Dankadresse an die Bundesparteileitung und an die Landesparteileitung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Im Organisationsbericht des geschäftsführenden Obmannes und dritten Präsidenten des Kärntner Landtages Genossen Hans Pawlik wurde mitgeteilt, daß sich vier Sitzungen des Landesvorstandes mit den aufgeworfenen Problemen beschäftigt haben. Die Interventionstätigkeit für unsere Mitglieder war naturgemäß nicht mehr so umfangreich wie etwa noch vor einem Jahrzehnt. Trotzdem hatten wir die Unterstützung des Opferfürsorgeferats der Kärntner Landesregierung, des Sozialministeriums, und wir waren in der Rentenkommission in Kärnten vertreten. An die Mitglieder konnte eine Reihe von Unterstützungen aus den Mitteln der Opferfürsorgefonds verteilt werden. Besonderer Dank gebührt hierbei dem bisherigen Referenten Landeshauptmannstellvertreter Genossen Dr. Hans Kerstnig. An der Gedenkfahrt in das Konzentrationslager Dachau im März 1968 nahmen 21 Kärntner teil. Kranzniederlegungen wurden in den beiden Jahren am 12. Februar, am Nationalfeiertag (26. Oktober) und am Allerheiligentag durchgeführt. Unser Bund ist auch im überparteilichen Mahnkomitee einer Arbeitsgemeinschaft der Kärntner Widerstandskämpfer initiativ vertreten und hat sich die

Erhaltung dieses Denkmals zur Pflicht gemacht. Genosse Pawlik berichtete ferner über die letzte Bundesversammlung und die Arbeitstagung in Wien. Auch konnte das Jugendseminar über die Gefahren des Faschismus in der Welt im Juni des Vorjahres von Kärnten aus besichtigt werden. Für die Unterstützung sei an dieser Stelle dem Bundesvorstand in Wien, der Landesparteileitung der SPÖ Kärntens, der Kärntner Landesregierung, dem ÖGB und der Kärntner Arbeiterkammer gedankt.

Der Landeskassier Genosse Alois Brenter brachte den Bericht über die Mitgliederbewegung, aus dem zu entnehmen war, daß derzeit noch 165 Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus dem Bund angehören. Er brachte ferner die Kassenberichte für 1968 und 1969. Von der Kontrolle wurde der Antrag auf Entlastung des Landesvorstandes und des Kassiers gestellt; der Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

In der Debatte zu den Berichten wurde angeregt, die 25jährige Wiederkehr der Befreiung Österreichs und damit auch des Bundeslandes Kärnten vom Faschismus entweder Ende April beziehungsweise am 8. Mai 1970 entsprechend zu würdigen. Es wurde der Antrag angenommen, daß in einer gemeinsamen Festsitzung der Landespartei vorstand mit unserem Bund diesen Erinnerungstag begehen soll. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Begriff „KZler“ heute nicht mehr gerne gehört wird. Man müsse aber gerade immer wieder der Jugend sagen, daß die Inhaber von Amtsbescheinigungen beziehungsweise Opferausweisen durch die Behörden genau überprüft wurden und es sich nur um Opfer der politischen Verfolgung handelt.

Bei den anschließenden Neuwahlen wurden unter großem Beifall Altlandeshauptmann Genosse Ferdinand Wedenig wieder zum Landesobmann, Genosse Hans Pawlik zum geschäftsführenden Funktionär, zum Obmannstellvertreter Genosse Thomas Wieser aus St. Veit an der Glan und zum Landeskassier Genosse Alois Brenter gewählt.

Das Hauptreferat bei der Konferenz erstattete Genosse Robert Blau aus Wien, der über aktuelle Fragen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sprach. Er überbrachte die Grüße und den Dank des Bundesvorstandes, aber auch des Wiener Landesvorstandes und hob dabei die Verbundenheit der Wiener mit den übrigen Bundesländervereinigungen hervor. Er habe den Auftrag der Vorsitzenden des Bundesvorstandes Genossin Rosa Jochmann, die Gratulationen zum so großartigen Wahlerfolg der SPÖ in Kärnten zu überbringen. Wir haben das Vertrauen zu den verantwortlichen Funktionären der Partei, die nun die schwierigen Verhandlungen zur Regierungsbildung zu führen haben. Am 29. April 1970 wird im Wiener Konzerthaus eine Gedenkfeier aller Widerstandsverbände mit einer Festansprache des Herrn Bundespräsidenten stattfinden. Wir würden uns alle freuen, wenn wir bis dahin schon einen sozialistischen Bundeskanzler hätten.

Zu Fragen der Opferfürsorge sagte Genosse Blau, daß seit 1966, seit es keinen sozialistischen Sozialminister mehr gegeben hat, ein Stillstand der Opferfürsorgegesetzgebung zu verzeichnen war. Eine Zeit der harten Herzen ist gekommen. Daß man wirklich kein Herz für die Opfer um die Freiheit Österreichs hatte, beweisen die Budgetansätze in den letzten Jahren, die von 1968 bis 1970 in den Relationen immer geringer wurden. Wir ersehnen daher schon sehr, daß nun ein Sozialist als Sozialminister für die Opfer des Faschismus in Österreich mehr übrig haben wird. Derzeit gibt es wieder Verhandlungen auf Beamtenebene zur Verbesserung der Leistungen aus dem Bad Kreuzbacher Abkommen. Eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft der drei Widerstandskämpferverbände wird demnächst diesbezüglich bei der Bundesregierung vorsprechen. Es geht nicht an, daß man zur gleichen Zeit, in der man mit einem „Zwischenzeitgesetz“ zwei bis drei Milliarden übrig hat, bei der 20. Novelle zum OFG nur eine Bagatelle von zwei Millionen Schilling mehr für die Opfer um die Wiedererrichtung der Demokratie auswirft. Wir treten daher für die baldigste Verabschiedung der 21. Novelle zum OFG ein und haben ein Forderungsprogramm gemeinsam mit der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft der Widerstandskämpfer angestrebt. Diese Arbeitsgemeinschaft der drei Verbände hat sich im übrigen gut bewährt. Auch die Gedenkkundgebung am 24. Mai in Gmünd in Niederösterreich wird gemeinsam veranstaltet.

Abschließend wird für die Reiseleitung der Kärntner Teilnehmer zu der Gedenkkundgebung in Gmünd Obmannstellvertreter Genosse Thomas Wieser bestellt.

In den Landesvorstand des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wurden also folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

Landesobmann:	Genosse Ferdinand Wedenig
Geschäftsführender Funktionär:	Genosse Hans Pawlik
Stellvertreter:	Genosse Thomas Wieser
1. Schriftführer:	Genosse Eduard Goritschnig
2. Schriftführer:	Genosse Dkfm. Johannes Schleicher
Kassier:	Genosse Alois Brenter
Kontrolle:	Genossin Lona Sablatnig und Genosse Franz Schweinzer
Frauenreferat:	Genossin Lona Sablatnig
Jugendvertreter:	Genosse Gerhard Hausenblas und Genosse Dietmar Koncilia
Bezirksvertrauenspersonen:	Genosse Johann Valentinitz (9020 Klagenfurt), Genosse Raimund Triebnig (9063 Maria Saal), Genosse Othmar Müller (9813 Möllbrücke), Genosse Peter Brandstätter (9620 Hermagor), Genossin Olga Zimmermann (9300 St. Veit/Glan), Genossin Antonia Turker (9400 Wolfsberg).

* Das ist genau ein Promille der vorhin genannten Summe(!) Anm. d. Redaktion.

Ausschreibung von Tabaktrafiken

In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland sind folgende Tabaktrafiken ausgeschrieben. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich alle Amtsbescheinigungsbesitzer unter den vorgeschriebenen Bedingungen um die Verleihung dieser Trafiken bewerben können. Mit-

glieder unseres Bundes, die die Absicht haben, sich um eine Trafik zu bewerben, mögen alle näheren Daten zusammen mit einer Durchschrift des bezüglichen Ansuchens so rasch als möglich über die zuständigen Landesorganisationen an uns einsenden.

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung gelangen bis Montag, den 20. April 1970, nachstehend verzeichnete Tabakverschleißgeschäfte in Wien, Niederösterreich und Burgenland zur Wiederbesetzung.

a) Wien		Umsatz 1968	Führung
Standort		S*	
Wien 1, Gölsdorfasse 2		798.660.—	selbständig
b) Niederösterreich		Umsatz 1968	Führung
Standort	Verlag	S*	
Freienstein Nr. 18	Ybbs/D. 1967:	38.165.—	nichtselbständig
Germanns Nr. 23	Zwettl 1969:	40.300.—	nichtselbständig
Goggitsch Nr. 55	Geras	27.498.—	nichtselbständig
Grünbach Nr. 20	Gmünd	24.832.—	nichtselbständig
Klein Engersdorf Nr. 11	Korneuburg	30.820.—	nichtselbständig
Leopoldsdorf/M., Bahnstraße 105	Großenzersdorf 1969:	586.290.—	selbständig
Magersdorf, Alleestraße 30	Hollabrunn 1969:	121.044.50	nichtselbständig
Maria Langeegg Nr. 3	Krems/D.	8.220.—	nichtselbständig
Niederranna Nr. 9	Spitz/D.	43.830.—	nichtselbständig
Oberfellabrunn Nr. 22	Hollabrunn	111.679.50	nichtselbständig
Oberrohrendorf Nr. 40	Krems/D.	285.410.—	nichtselbständig
Raglitz Nr. 23	Neunkirchen 1966:	61.600.—	nichtselbständig
Sachsendorf Nr. 16	Kirchberg/W.	38.303.—	nichtselbständig
Sallapulka Nr. 21	Geras	49.570.—	nichtselbständig
Sitzendorf, Am Tabor 7	Hollabrunn	92.560.—	nichtselbständig
Schönkirchen, Gänserndorfer Straße 9	Gänserndorf	122.400.—	nichtselbständig
Schwechat, Wiener Straße 49	Schwechat	196.195.—	nichtselbständig
St. Pölten, Jahnstraße 17	St. Pölten	494.380.—	selbständig
Stützenhofen Nr. 5	Poysdorf	89.800.—	nichtselbständig
Ternitz, Ulmengasse 5	Neunkirchen	89.800.—	nichtselbständig
Thenneberg Nr. 69	Hainfeld	254.605.—	nichtselbständig
Tulln, Bahnhof**	Tulln 1969:	1.052.640.—	selbständig
Tullnerbach, Irenental, Wundererplatz 3	Purkersdorf 1969:	54.400.—	nichtselbständig
Ulmerfeld-Hausmending, Theresienthalstraße 25	Amstetten	226.236.—	nichtselbständig
Weinpolz Nr. 7	Waidhofen/Thaya 1969:	41.622.—	nichtselbständig
Wiener Neustadt, Herzog-Leopold-Straße 20	Wiener Neustadt	792.760.—	selbständig
Windhag-Untertzell Nr. 37	Waidhofen/Ybbs 1967:	91.800.—	nichtselbständig
c) Burgenland		Umsatz 1968	Führung
Standort	Verlag	S*	
Güssing Nr. 285	Güssing	208.400.—	nichtselbständig

* Sofern nicht anders angegeben.

** Diese Tabaktrafik befindet sich auf Bahngrund. Ein Lokalnachweis ist nicht erforderlich. Der Bewerber muß sich verpflichten, den Verrechnungsaussenstand der Bahnhofbuchhandlung (Firma Karl Schmelzer-J. Bettenhausen) in Höhe von S 215.000.— zu bezahlen.

Die Anträge auf Verleihung dieser Tabakverschleißgeschäfte sind bis spätestens Montag, den 20. April 1970, 12 Uhr, bei der Monopolverwaltungsstelle für Wien, Niederösterreich und Burgenland in 1091 Wien, Porzellangasse 51, Parterre, Zimmer Nr. 4 B, in verschlossenem Briefumschlag einzureichen.

Die Anträge sind stempelfrei.

Anträge, die verspätet eingebracht werden, insbesondere Anträge, die nicht mit dem Nachweis des Verfügungsrechtes des Bewerbers über ein vollkommen geeignetes Verschleißlokal belegt sind, bleiben unberücksichtigt. Bei Bahnhofstrafiken ist ein Lokalnachweis nicht erforderlich.

Antragsvordrucke auf Verleihung einer Tabaktrafik sind bei der obgenannten Monopolverwaltungsstelle, woselbst auch nähere Auskünfte erteilt werden, sowie bei den Tabakverlagen erhältlich.

Jeder Bewerber um eine selbständige Tabaktrafik verpflichtet sich, mit der Abgabe seiner Bewerbung im Falle der Verleihung der Tabaktrafik bei der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, GA III, in Wien 3, Vordere Zollamtsstraße 7, ein Ansuchen um Genehmigung zur Führung von Stempelwertzeichen einzubringen.

Die Tabakverschleißgeschäfte dürfen nur am bisherigen Standort oder in einem geeigneten, in unmittelbarer Nähe beziehungsweise im genau bezeichneten Ausschreibungsrayon gelegenen Ersatzlokal ausgeübt werden.

Die Handelsspanne für Tabaktrafiken beträgt derzeit bei selbständiger Führung 18 Prozent, bei nichtselbständiger Führung 10 Prozent des Verkaufswertes der Tabakerzeugnisse der Austria Tabakwerke AG (bei allfälligem Importverschleiß einschließlich Münchner Importfabrikate 12,5 Prozent bei

selbständiger Führung, 10 Prozent bei nichtselbständiger Führung). Der angegebene Umsatz gibt den Verkaufswert aller bezogenen Tabakerzeugnisse an.

Es wird jedoch keine Gewähr dafür übernommen, daß auch in Zukunft dieser Umsatz erreicht wird.

Der Inhaber eines Tabakverschleißgeschäftes hat alle Ausgaben selbst zu tragen, die mit der Verleihung und Führung des Geschäftes verbunden sind.

Ein unbedingtes Vorzugsrecht bei der Vergebung von Tabakverschleißgeschäften genießen vor allen anderen Bewerbern:

1. Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich mit der Amtsbescheinigung nach § 4 des Opferfürsorgegesetzes vom 4. Juli 1947, BGBl. Nr. 183, und die Inhaber eines Opferausweises (19. Opferfürsorgegesetz-Novelle vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 259).
2. Empfänger einer Beschädigtenrente (§ 7 Abs. 1 KOVG 1957, BGBl. Nr. 152), Witwenrente (§ 35 Abs. 2 KOVG) und Witwenbeihilfe (§ 36 Abs. 2 KOVG).
3. Empfänger einer Beschädigtenrente (§ 21 Abs. 1 Heeresversorgungsgesetz, 6. Novelle, BGBl. Nr. 39/68), Witwenrente (§ 33 Abs. 1) oder Witwenbeihilfe (§ 35 Abs. 1).

Die einzelnen Originalkundmachungen gelangen an der Amtstafel jener städtischen Bezirksämter beziehungsweise Gemeinden, in deren Bereich ein Tabakverschleißgeschäft vergeben wird, während der Ausschreibungsdauer zum Anschlag.

Ein Kundmachungs-Sammelverzeichnis befindet sich am „Schwarzen Brett“ der Monopolverwaltungsstelle.

Salzburg

Landeshauptversammlung. Am Sonntag, dem 15. Februar 1970, fand um 9 Uhr vormittag im SPO-Heim Elisabethvorstadt die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes statt.

Als Tagesordnung waren folgende Punkte vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Tätigkeitsberichte
3. Neuwahl des Ausschusses
4. Referat: Genossin Rudolfine Muhr: „Die Nationalratswahl 1970“
5. Allfälliges

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Nach der Begrüßung aller Genossinnen und Genossen wurde der Jahresbericht des Landesverbandes Salzburg gegeben. Doch zuvor gedachten die Versammelten jener Mitglieder, die uns durch den Tod entrissen worden sind: der Genossin Anna Wagner und der Genossen Martin Leitner, Franz Vogl, Dr. Ludwig Balmnester, Emil Rieger und Matthias Hofer. Sie waren treue Kampfgefährten, und wir wollen ihnen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die letzte Landeshauptversammlung wurde am 9. Februar 1969 abgehalten. Landespartei sekretär Genosse Hans Pexa sprach über die Bedeutung der Landtagswahl 1969, und Genosse Eduard Kittl referierte über Dr. Victor Adler, den großen Wegbereiter der Republik Österreich.

Zur Bundeshauptversammlung waren die Genossen Otto und Paula Seifried, Albert Mitsche, Franz Fritzenwanker und Eduard Kittl delegiert worden. Hervorragende Referate hielten die Genossen Josef Hindels und Manfred Ackermann.

Im Berichtszeitraum erhielten unsere Mitglieder Genossin Paula Seifried und Genosse Franz Fritzenwanker das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und die Genossin Maria Emhart die Otto-Bauer-Plakette. Die Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer Genossin Rosa Jochmann würdigte die Verdienste Maria Emharts und ihren unerschrockenen Einsatz zur Wiedererrichtung der Republik Österreich.

Die Betreuungstätigkeit wurde von den Funktionären in bewährter Weise fortgesetzt. Auf Grund von Krankenhausaufenthalten wurden Beihilfen erwirkt. Einige Rentenverschlimmerungsanträge wurden ebenfalls positiv erledigt. Ein Antrag konnte mit der Verleihung einer Tabaktrafik abgeschlossen werden. Zwei Wohnungszuweisungen wurden ebenfalls aufrecht erledigt.

Zum Landesparteirat 1969 wurde Genosse Otto Seifried delegiert. Bei der Totenehrung am 1. November 1969 sprach Genosse Karl Steinocher. Er erinnerte an die vielen Opfer für Freiheit und Menschenwürde und sprach angesichts der Weltlage die Mahnung aus, immer wachsam und kampfbereit zu sein, um allen Anfängen von Diktaturen rechtzeitig begegnen zu können. Mit der Kranzniederlegung und den Klängen des Bläserchores wurde die würdige Feierstunde, der viele junge Mandatäre der Partei beiwohnten, abgeschlossen.

Dem Landesvorstand gehören nach der Wiederwahl die folgenden Genossen an:

- | | |
|-------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Ferdinand Putz |
| 2. Gbmann: | Genosse Otto Seifried |
| Kassier: | Genosse Josef Heuberger |
| Schriftführer: | Genosse Eduard Kittl |
| Kontrolle: | Genosse Franz Fritzenwanker und Genosse Fritz Stöger |
| Bezirksvertreter: | Genosse Albert Mitsche (Hallein)
Genosse Franz Fritzenwanker (Pinzgau)
Genosse Sepp Fuchs (Pongau, Bischofs-hofen) und Genosse Hans Holleis (Pongau, Badgastein) |

Genossin Rudolfine Muhr erinnerte unter anderem in ihrem Referat an die Tatsache, daß mehr als die Hälfte aller Österreicher in sozialistisch geführten Städten und Gemeinden leben und daß deshalb die Wahlparole der ÖVP „Wer Rot wählt, wählt eine Zukunft voller Ungewißheit“ als klare Wahllüge der ÖVP qualifiziert werden müsse. Sie erinnerte an die großen Opfer der sozialistischen Freiheitskämpfer für die Wiedererrichtung eines freien und demokratischen Österreichs.

Landesparteibobmann Genosse Karl Steinocher entbot den Freiheitskämpfern die Grüße der Landespartei.

Steiermark

Kapfenberg. Der 12. Februar in Kapfenberg. Gemeinsam mit der Sozialistischen Partei haben die Mitglieder unserer Bezirksgruppe auch im heurigen Jahr unseren traditionellen Schweigemarsch zum Gedenkstein auf dem Friedhof durchgeführt, der mit der Kranzniederlegung für unsere gefallenen Opfer seinen Höhepunkt fand.

In diesem Jahr war besonders die Jugend zahlreich vertreten, und auch der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat der Firma Böhler nahm an der Gedenkkundgebung teil, zu der hunderte Genossinnen und Genossen gekommen waren.

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Vor dem Gedenkstein sprach der Obmann der Sozialistischen Partei Genosse Ing. Heinrich Scheibengraf tiefempfundene Worte des Gedenkens für die vielen Opfer, die in den Jahren des Faschismus um ihrer Idee und ihrer Überzeugung willen den Tod gefunden haben.

*

Kapfenberg, Jahresversammlung. Am 22. Februar 1970 fand im schön geschmückten Saal des Arbeiterheimes in Kapfenberg die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt. Genosse Jaritz begrüßte die versammelten Genossen, insbesondere den Referenten Genossen Manfred Ackermann aus Wien, den Landesobmann Genossen Lackner, den Landeskassier Genossen Zechner und den Landessozialkassier Genossen Mühlbacher. Von Genossen Ing. Scheibengraf lag ein Schreiben vor, da er infolge von Wahlverpflichtungen verhindert war, an der Versammlung teilzunehmen. Er wünschte unseren Beratungen bei der Jahresversammlung den besten Erfolg. Ebenso lag ein Brief des Bundesvorstandes vor.

Genosse Jaritz, der den Vorsitz führte, schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Wahl des Wahlkomitees
3. Berichte
 - a) Obmann
 - b) Kassier
 - c) Kontrolle
4. Berichte des Landessozialreferenten und des Kassiers für den Sozialfonds
5. Bericht über das Antifaschistische Jugendseminar
6. Referat von Genossen Ackermann aus Wien „Was können wir aus der Geschichte lernen?“
7. Neuwahl des Bezirksgruppenausschusses
8. Allfälliges

Der Vorschlag wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde unserer verstorbenen Genossen gedacht: Josef Prachtl, Felix Riedler, Karl Pfanzi, Stefan Vidonja, Max Bender, Josef Weyer, Josef Winkelbauer und Gottfried Wolfsberger. Fast alle Genossen waren Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Sozialistischen Partei.

Für das Wahlkomitee wurden folgende Genossen zum Vorschlag gebracht: Genossin Fany Sulzbacher und die Genossen Adolf Wukitschewitsch, Anton Rust und Rudolf Derler.

Aus dem Bericht des Obmannes ging hervor, daß in den verfloßenen Berichtsjahren 20 Sitzungen und 20 Sprechtag abgehalten wurden; außerdem fanden im letzten Jahr drei Landesleitungssitzungen statt. Am Freundschaftstreffen in Steyr nahm die Bezirksgruppe mit 40 Genossen teil. An der Fahrt nach Holland zum Anne-Frank-Haus nahmen drei Genossinnen und drei Genossen aus unserer Bezirksgruppe teil. Im vergangenen Jahr wurde auch ein Familienabend veranstaltet, der sehr gut besucht war. Die Hacklkapelle, das Sängerduo Lingl/Maly und Genosse Pierer mit seinen Mundartvorträgen sorgten für gute Unterhaltung. Bei den Kranzniederlegungen am 1. November und am 12. Februar am Gedenkstein im Friedhof war eine große Beteiligung zu verzeichnen.

Wir vergessen auch nicht auf die 70-, 75-, 80- und 85jährigen Mitglieder, die wir mit einem Geschenk ehren, wenn wir sie zu ihrem Ehrentag beglückwünschen.

Aus dem Bericht des Sozialreferenten ging hervor, daß in den letzten zwei Jahren 26 Ansuchen an die Landesregierung eingereicht wurden, die alle einer positiven Erledigung zugeführt wurden. An das Ministerium für soziale Verwaltung wurden 31 Ansuchen eingereicht, von denen nur drei Ansuchen abgelehnt wurden. Landesrat Genossen Gruber wurde der besondere Dank für die Unterstützung der vielen Bedürftigen ausgesprochen.

Nach Erstattung des Kassenberichtes durch Genossen Schnabel brachte Genossin Sulzbacher den Kontrollbericht. Sie stellte fest, daß die Kasse samt den Belegen genauestens kontrolliert wurden. Sie stellte den Antrag auf Entlastung des Kassiers. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Jugendreferent Genosse Friedrich Klopff brachte sodann einen Bericht vom Antifaschistischen Seminar, an welchem er vom 2. bis 7. Juni 1969 im Otto-Bauer-Heim in Wien teilgenommen hatte. Sein Bericht wurde mit Beifall zur Kenntnis genommen.

Der Referent Genosse Ackermann überbrachte vorerst die Grüße des Bundesvorstandes und sprach über das Thema „Was können wir aus der Zukunft lernen“. Sein Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Genosse Rust als Vorsitzender des Wahlausschusses brachte zur Vervollständigung des Ausschusses folgende Genossen zum Vorschlag: Franz Enengel, Adolf Wukitschewitsch und Rudolf Derler.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende dem Referenten Genossen Ackermann und forderte alle Genossinnen und Genossen auf, bei der Nationalratswahl mitzuhelfen, damit der Sieg unser ist.

Kurz darauf wurde in der konstituierenden Sitzung folgender Ausschuß vorgeschlagen und einstimmig gewählt:

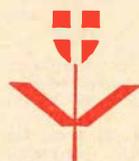
- | | |
|-------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse August Jaritz |
| 2. Obmann: | Genosse Josef Mühlbacher |
| 1. Kassier: | Genosse Johann Schnabel |
| 2. Kassier: | Genosse Anton Rust |
| 1. Schriftführer: | Genosse Ignaz Pierer |
| 2. Schriftführer: | Genossin Josefine Pellinger |
| Kontrolle: | Genossin Maria Plevka und Genossin Fany Sulzbacher sowie Genosse Adolf Wukitschewitsch |
| Beisitzer: | Genosse Franz Enengel und Genosse Rudolf Derler |
| Jugendreferent: | Genosse Friedrich Klopff |
| Sozialreferent: | Genosse Josef Mühlbacher |

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1050

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



**Wiener
Städtische
Versicherung
Wien 1
Ringturm**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telephon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Wertertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Rötzergergasse 29 (Sekretariat der
Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 2. Mo.
17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telephon 63 06 71/243

1. Postgasse 9, 1. Stock
Fachausschuß Montag bis Freitag
der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hauptstraße 42 Jeden 1. Sa.
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
- W. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42, Jeden 1. Mo.
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle Jeden 1. Fr.
16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permayerstraße 2 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden 1. u. 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 16 bis 19 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Jeden Di. und Fr.
8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
- Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22

- Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
(Zimmer 14), Wiener Straße 16 bis 18 Uhr

Tirol:

- Kufstein, Hötzendorferstraße 4

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer 11. Mai 1970